

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Parteiprogramm

Für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie

verabschiedet vom SP-Parteitag
in Lausanne, 30./31. Oktober 2010

Impressum

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Spitalgasse 34, Postfach 7876

3001 Bern

info@spschweiz.ch

www.spschweiz.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	i
Aufbau und Gliederung	ii
I. DIE ZEIT, IN DER WIR LEBEN	3
1. Neoliberale Offensive und zwei Gesichter der Globalisierung	3
2. Klimawandel und Umweltzerstörung	5
3. Europäische Integration am Scheideweg.....	6
4. Gesellschaftliche Umbrüche.....	9
5. Die Hinterlassenschaft der kapitalistischen Weltordnung	11
II. UNSERE GRUNDWERTE: FREIHEIT – GERECHTIGKEIT – SOLIDARITÄT ..	13
III. UNSERE VISION – DER DEMOKRATISCHE SOZIALISMUS.....	15
1. Die Demokratisierung der Wirtschaft.....	15
2. Eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht.....	19
3. Eine solidarische Gesellschaftsordnung.....	20
4. Eine gerechte und friedliche Weltordnung.....	21
5. Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen	22
IV. UNSER WEG.....	23
1. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität verbessern.....	23
a. Den Sozialstaat mit vorsorgender Sozialpolitik stärken	23
b. Umverteilung und soziale Sicherheit	25
c. Eine für alle zugängliche, qualitativ gute Gesundheitsversorgung.....	27
2. Mit Bildung, Forschung und Kultur die Zukunft gestalten.....	29
a. Mehr und bessere Bildung für alle	29
b. Zukunftstechnologien im Dienste der Menschen fördern.....	31
c. Die Kultur im digitalen Zeitalter fördern	33
3. Die Demokratie und den Rechtsstaat stärken.....	35
a. Die Demokratie weiter entwickeln	35
b. Rechtsstaatlichkeit stärken und Föderalismus erneuern	36
c. Für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik	38
4. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit.....	40
a. Die europäische Integration sozial und demokratisch voranbringen	40
b. Weltweit die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung fördern	42
c. Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz	43
d. Öffentliche Sicherheit für alle	46
5. Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen.....	47
a. Für soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft	47
b. Für einen starken Service public	50
c. Recht auf würdige Arbeit in verändertem Umfeld durchsetzen.....	51

6. Der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen	53
a. Für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt.....	53
b. Für erneuerbare Energien und eine konsequente Klimapolitik	54
c. Die Nachhaltigkeit der Mobilität erhöhen	55
d. Für eine nachhaltige Raumplanung und ein Recht auf Wohnen	56
7. Mit der Gleichstellung von Frau und Mann eine gerechte und soziale Gesellschaft verwirklichen	58
a. Die ökonomische Unabhängigkeit jeder Person	58
b. Der gleichberechtigte Zugang zur politischen Einflussnahme	59
c. Den Sexismus überwinden – auch im Kopf!	60
Schlusswort: Die Vorgehensweise der SP	61

Vorwort

Weltweit ist eine tiefgreifende Krise von Finanz und Wirtschaft zu beobachten, die auf menschenfeindlichen politischen Konzepten und einer Erosion von Werten beruht. Vor diesem Hintergrund ist auch für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine umfassende Modernisierung der programmatischen Grundlagen angesagt. Die Erneuerung der Sozialdemokratie ist unverzichtbar, damit wirksames kollektives Handeln zugunsten einer freieren, solidarischeren und gerechteren Gesellschaft auch unter veränderten Bedingungen möglich bleibt. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs und eines beschleunigten gesellschaftlichen Wandels braucht es mehr denn je eine starke Sozialdemokratie. Wir setzen uns für einen demokratischen Sozialismus ein, der auf sozialer Gerechtigkeit und gleichen Chancen für alle beruht. Anstelle immer neuer Privilegien für einige wenige, wollen wir Beschäftigungssicherheit, den ökologischen Umbau der Wirtschaft und politische und wirtschaftliche Demokratie. Dazu sagen wir gemeinsam JA, JA zum Aufbruch, JA zur Veränderung – so wie das die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung im Jahre 1888 als wichtigste progressive Partei der Schweiz stets getan hat.

Ein Parteiprogramm verhält sich zu anderen programmatischen Texten (z. B. Wahlplattformen, Positionspapieren) wie die Verfassung zu den Gesetzen. Es ist grundsätzlicher, allgemeiner und steht über den Niederungen des politischen Alltags. Sein zeitlicher Horizont ist nicht eine Legislatur, sondern eine Generation. Es muss also eine langfristige Perspektive verfolgen und das Fundament liefern für Positionen und Haltungen, die sich im Lauf der Zeit auch verändern können. Das ist ein hoher Anspruch, leben wir doch in einer ausgesprochen dynamischen Welt, in der sich in kurzer Zeit vieles verändert. Die meisten Menschen unterliegen einem ständigen Anpassungsdruck. Der höchste Anspruch, der an sie gestellt wird, heisst «flexibel sein». In solchen Zeiten, in denen manch tragende Säule wegbriecht, in denen mancher Halt verloren geht und sich manche Gewissheit als Irrtum erweist, greift Orientierungslosigkeit um sich. In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Wie funktioniert sie? Wohin bewegt sie sich? Und was bedeutet das alles für die Sozialdemokratie? Die SP muss im Stande sein, die Zeichen der Zeit zu erkennen und richtig zu deuten, um den grösstmöglichen Einfluss auf den Gang der Dinge nehmen und die Menschen für sich gewinnen zu können.

Das vorliegende Parteiprogramm ist das Ergebnis umsichtiger Abklärungen und Debatten. Den Grundstein für die Erneuerungsarbeit legte der Parteitag in Brig vom 23./24. Oktober 2004. Die erste Etappe des breit angelegten Diskussionsprozesses war der «Klarheit der Analyse» gewidmet. Auf der Basis des in der Partei breit diskutierten Analysepapiers erstellte Hans-Jürg Fehr den ersten Entwurf des hier vorliegenden Parteiprogramms. Ihm sei auch an dieser Stelle für seine grosse Arbeit sehr herzlich gedankt.

Aufbau und Gliederung

Dieses Parteiprogramm besteht aus vier Teilen. Nach dem Einstieg mit der «Zeit, in der wir leben» folgt Kapitel II zu den zentralen Werten der Sozialdemokratie. Das sind die Fixsterne, nach denen sich die Sozialdemokratie weltweit und seit es sie gibt ausrichtet. Es folgt mit Kapitel III der visionäre Teil, der sich mit der umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft sowie der von uns angestrebten Eigentums-, Gesellschafts- und Weltordnung und nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen beschäftigt.

Mit Kapitel IV «Unser Weg» folgt, wofür die Sozialdemokratie in jenen Politikbereichen einsteht, die unserer Meinung nach die wichtigsten der kommenden Jahre und Jahrzehnte sein werden. Bezugspunkt ist das Hier und Jetzt. Es geht um grössere und kleinere Schritte, wie wir eine künftige Wirtschaftsdemokratie in bestimmten Bereichen schon heute vorwegnehmen und mehr soziale Gerechtigkeit und gleiche Chancen für alle schaffen können. Das braucht Geduld, Ausdauer und die Fähigkeit, die zentralen Grundwerte auch bei der Erarbeitung von Kompromissen und mehrheitsfähigen Lösungen zu wahren und durchzusetzen. Die Sozialdemokratie ist jene Partei, für welche die Gleichzeitigkeit einer visionären und einer lösungsorientierten Politik keinen Widerspruch darstellt, sondern Grundlage des täglichen Handelns bildet.

Die einzelnen Kapitel gleichen sich in ihrem Aufbau: Sie beginnen mit einem grundsätzlichen Positionsbezug und enden mit den zentralen Herausforderungen, vor die wir uns gestellt sehen, und wofür wir einstehen. Sie sind in ihrer Mehrheit bewusst allgemein gehalten, weil hier lediglich der programmatische Boden gelegt wird für eine praktische Politik, die daraus entwickelt werden muss. Es geht also nicht um Vollständigkeit und Detailreichtum, sondern um Grundsätze, die über sich hinausweisen und die Leitlinien für das tägliche politische Handeln abgeben können.

I. Die Zeit, in der wir leben

Die Zeit, in der wir leben, ist geprägt durch fünf historisch höchst bedeutsame Entwicklungen, die grossen Einfluss auf die Schweiz haben: die Globalisierung der Märkte und – wenn auch noch ungenügend – der politischen Handlungsfähigkeit, den Klimawandel und eine grundlegende Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen, die europäische Integration, eine nie dagewesene Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels sowie die Hinterlassenschaft der heutigen Weltordnung.

1. Neoliberale Offensive und zwei Gesichter der Globalisierung

In den letzten Jahrzehnten haben sich unter dem Einfluss der dominant gewordenen neoliberalen Ideologie die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und politischen Konzepte grundlegend verändert. Sichtbarster Ausdruck dieser Entwicklung ist eine Globalisierung, die sich primär als Öffnung von Märkten versteht – allen voran für Kapital, Waren und Dienstleistungen, kaum aber für Arbeit suchende Menschen. Einer stark expandierenden Weltwirtschaft steht ein wachsendes Heer von Erwerbslosen gegenüber, und der Anteil der Löhne am weltweiten Sozialprodukt geht zugunsten explodierender Kapitalgewinne zurück. Die Hälfte aller Erwerbstätigen verdient weniger als 2 Dollar am Tag. Gleichzeitig verschieben sich die Machtverhältnisse zugunsten einiger Weniger; die Globalisierung hat die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden deutlich geschwächt.

Treibende Kraft für die weltweite Arbeitsteilung ist das Finanzkapital. Dem Bewegungsdrang und der Renditejagd seiner Repräsentanten stehen heute kaum noch Grenzen entgegen. Neue Informations- und Kommunikations-Technologien ermöglichten die Globalisierung der Märkte; sie wurde zusätzlich erleichtert durch den Wandel der ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas und Chinas hin zum Kapitalismus. Regierungen mächtiger westlicher Staaten wie diejenigen der USA und Grossbritannien, die sich ganz der neoliberalen Ideologie des Staatsabbaus, der Privatisierung und der Deregulierung der Märkte verschrieben hatten, trieben diese Art der Globalisierung bewusst voran. Aber auch Regierungen mächtiger asiatischer Staaten wie jene Chinas, die eine autoritäre, undemokratische politische Ordnung mit einer feudal-kapitalistisch verfassten Wirtschaftsordnung verbindet, setzen auf eine kontinuierliche Globalisierung der Märkte.

Die Entwicklung zu Weltmärkten bevorzugt international tätige Finanz- und Industriekonzerne, die sich nationalstaatlichen Regulierungen entziehen können, weil internationale Regeln häufig noch fehlen. Die aktuellen Formen der

Globalisierung sind deshalb mit einem enormen Machtzuwachs transnationaler Unternehmen und einem Machtverlust der demokratischen Nationalstaaten verbunden. Diese werden in einen Standort- und Steuerwettbewerb getrieben, der im Wesentlichen zulasten des Sozialstaates und der Erwerbstätigen und zugunsten der hoch mobilen Unternehmen und einer kleinen Schicht von Superreichen geführt wird.

Zwar profitieren einzelne Volkswirtschaften von der Globalisierung. Andere Volkswirtschaften verlieren aber insgesamt. Und innerhalb jeder Volkswirtschaft gibt es Menschen, die von der Globalisierung – teilweise masslos – profitieren und andere, die ihre negativen Folgen tragen müssen – selbst in Gewinner-Ländern wie der Schweiz: Betriebe wandern aus, Arbeitsverhältnisse werden prekär, der Anpassungs- und Leistungsdruck nimmt zu. Viele fürchten, den Anschluss zu verpassen. Die Armut wächst und die Kluft zwischen Arm und Reich wird grösser. Die Steuerlast verschiebt sich von den mobilen Unternehmen zu den in ihrem Umfeld verankerten Erwerbstätigen, der politische Druck auf den Sozialstaat nimmt zu. Es droht Sozialabbau, so dass gesellschaftliche Probleme verschärft statt entschärft werden.

Der globalisierungsbedingte Machtverlust der Nationalstaaten und Wirkungsverlust der Sozialstaaten lässt sich nur durch den Aufbau und die Stärkung inter- und supranationaler Institutionen der Staaten und die Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft kompensieren. Die Globalisierung eines durchsetzungsfähigen Rechts hielt bisher aber mit der Globalisierung der Märkte bei weitem nicht Schritt – ebenso wenig der Aufbau globaler Allianzen jener politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die gemeinsam mit der Sozialdemokratie eine andere Globalisierung auf der Grundlage der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit anstreben.

Dennoch birgt die Globalisierung neben vielen Risiken und Gefahren auch Chancen und Möglichkeiten. Sie hat viele Gesichter. Es gibt – wenn auch noch viel zu wenig – den fairen Handel, der Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern eine Chance bietet. Und es gibt in der Schweiz Hunderttausende von Arbeitsplätzen, die sehr direkt und im positiven Sinn von den Weltmärkten profitieren. Global und regional, staatlich und gesellschaftlich gibt es starke Kräfte, welche die Globalisierung mit wachsendem Erfolg sozial, ökologisch und menschenrechtlich gestalten und in Schranken weisen. Es gibt auch die Globalisierung der politischen Handlungsfähigkeit, der Menschenrechte und eine Weiterentwicklung des Völkerrechts zum Weltrecht.

Die globale politische Handlungsfähigkeit muss gestärkt werden. Die Menschenrechte sind umfassender und verbindlicher auszugestalten. Erste Fortschritte wurden gemacht. Inzwischen gibt es Instrumente, damit diktatorisch

Herrschende nicht mehr unter dem Deckmantel der staatlichen Souveränität und unbehelligt von der Völkergemeinschaft Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen können. Die UNO und ihre Sonderorganisationen haben Krieg und Gewalt massiv zurückgedrängt und treten spürbar für soziale und ökologische Entwicklung ein. Und es gibt die Globalisierung der Kommunikation mit Hilfe des Internets und anderer digitalisierter weltweiter Plattformen. Sie ist wegen ihrer technologisch vielfältigen Anwendbarkeit ambivalent, darf aber nicht nur unter dem Blickwinkel ihrer Anwendung auf den Finanzmärkten beurteilt werden. Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben kommunikative, teilweise sogar subversive Qualitäten, die wir positiv beurteilen. Ebenso ambivalent ist die Globalisierung der Kulturen in Verbindung mit diesen neuen Technologien und auch als Folge der internationalen Migrationsströme. Wird diese neu gewonnene Freiheit und Durchlässigkeit der Grenzen nicht politisch gestaltet und ausreichend reguliert, so hat sie neben Gewinnenden auch Verlierende zur Folge. Diese können anfällig werden für Kräfte, die Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schüren, um von den anhaltenden sozialen Ungerechtigkeiten abzulenken. In der Spirale von Deregulierung und Fremdenhass können sich soziale Konflikte mit einem erheblichen Gewaltpotenzial und mit einer erheblichen gesellschaftlichen Sprengkraft aufbauen.

Das 21. Jahrhundert kann zum Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe, tiefgreifender Naturveränderungen und entfesselter Gewalt werden, dann nämlich, wenn die wirtschaftliche Globalisierung bloss eine weltweite Marktöffnung bleibt, der ökologische Umbau der Wirtschaft misslingt, die absehbaren Folgen des Klimawandels nicht gemildert und korrigiert werden, zerfallende Staaten sich selber überlassen bleiben und niemand Gewalt und Menschenrechtsverletzungen entgegentritt.

Das 21. Jahrhundert kann aber auch ein Jahrhundert des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritts für den grössten Teil der Menschheit werden, dann nämlich, wenn es gelingt, die Globalisierung zu demokratisieren und politisch anders zu gestalten, sie auf Sozial- und Umweltverträglichkeit hin auszurichten, wenn wir es also schaffen, den Kampf gegen Gewalt und Repression, Hunger, Armut, Seuchen, Analphabetismus und Naturzerstörung zur globalen Aufgabe zu machen.

2. Klimawandel und Umweltzerstörung

Klimawandel und Umweltzerstörung bilden neben der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich die grösste politische Herausforderung an die heutigen und kommenden Generationen. Ursache ist die gleiche: eine Wirtschaftsordnung, die auf Ausbeutung beruht. Die hemmungslose Plünderung der natürlichen Ressourcen hat die schrankenlose Anhäufung von Reichtum sowohl zur

Voraussetzung als auch zur Folge. Die Erwärmung der Erdatmosphäre, die um 1900 einsetzte und sich ab 1990 deutlich beschleunigte, wird hauptsächlich durch die Anreicherung von Treibhausgasen durch den Menschen hervorgerufen – durch Verbrennen fossiler Brennstoffe, durch weltumfassende Entwaldung und durch die Land- und Viehwirtschaft. Die Folgen sind verstärkte Gletscherschmelze, steigende Meeresspiegel, veränderte Niederschlagsmuster und zunehmende Wetterextreme.

Die Konsequenzen für Mensch, Gesellschaft und Wirtschaft sind in den verschiedenen Weltregionen höchst unterschiedlich. Es gibt Regionen, die sich von der Erderwärmung klare Vorteile erhoffen. Andere wie die äquatorialen Regionen, in denen die meisten Entwicklungsländer liegen, gehören zu den Verlierern. Hier verringert bereits die kleinste zusätzliche Erderwärmung die Ackererträge oder führt zu grossen Ertragsschwankungen – mit schwerwiegenden Folgen für die Ernährungssicherheit der Lokalbevölkerung. Auch in scheinbar weniger betroffenen Regionen wie der Schweiz werden sich die Erderwärmung und der Klimawandel massiv auf das Ökosystem etwa in den Alpen auswirken – mit weitreichenden Folgen für die Verkehrswege, den Tourismus und das Risiko von Naturkatastrophen.

Die Entwicklungsländer sind die Hauptleidtragenden des Klimawandels, tragen aber am wenigsten zum weltweiten Ressourcenverschleiss bei. 20 Prozent der Weltbevölkerung (in den Industrieländern) nehmen 80 Prozent des Ressourcenverbrauchs für sich in Anspruch. Mittlerweile steigt der relative Energieverbrauch auch in den Schwellenländern an. Auch sie beanspruchen für sich das «Recht», die Industrialisierung wie der reiche Norden auf fossilen Energien und der Verschleuderung der natürlichen Ressourcen aufzubauen.

Zwar hat die Globalisierung die Wahrnehmung der meist grenzüberschreitend, ja global auftretenden Schäden verbessert. Neue globale Umweltorganisationen und -regulierungen wirken der Verschleuderung der natürlichen Ressourcen, der Zerstörung der Umwelt, dem Verlust der Biodiversität, der Zerstörung der Wälder und dem steigenden Wassermangel entgegen. Das bisher Erreichte ist aber völlig unzureichend. Dem unverzichtbaren ökosozialen Umbau der Wirtschaft stehen weiterhin die Interessen jener entgegen, die aus der bisherigen Ausrichtung der Wirtschaft auf fossile Energien und auf die hemmungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ihre Profite ziehen.

3. Europäische Integration am Scheideweg

Die europäische Integration in Gestalt und unter Führung der Europäischen Union (EU) ist neben der Globalisierung und dem Klimawandel für die Schweiz – und damit für die SP Schweiz – die dritte entscheidende Rahmenbedingung für politisches Handeln innerhalb und ausserhalb der Landesgrenzen. Die EU

ist zunächst und in erster Linie ein Binnenmarkt der ‚vier Grundfreiheiten‘. Waren, Dienstleistungen und Kapital können in ihm weitestgehend frei zirkulieren – Personen nur unter der Bedingung, dass sie erwerbstätig sind, und auch dies nur mit Einschränkungen.

Heute ist der Binnenmarkt politisch in ganz Europa unbeliebter denn je, wie selbst führende Kreise der EU einräumen. Während Jahren dominierte in der EU eine neoliberale Marktlogik über sozial-, demokratie- und umweltpolitische Ziele. Die EU muss von einem Binnenmarktprojekt zum Projekt einer umfassenden Friedens-, Sozial- und Umweltunion fortentwickelt und grundlegend demokratisiert werden, um die nationale Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten sinnvoll koordinieren zu können. Ob dies gelingt, hängt entscheidend von der Mobilisierungsfähigkeit der europäischen Sozialdemokratie und ihrer Partner ab. Die Herausforderung ist gross, bildete die wirtschaftliche Integration doch bisher praktisch allein den Motor der europäischen Integration. Viel steht auf dem Spiel. Die europäische Integration ist kein naturgegebener, unumkehrbarer Prozess. Fällt aber die EU auseinander, drohen in Europa Gefahren, die wir – wohl etwas voreilig und geschichtslos – für längst überwunden gehalten haben.

Die EU ist eben Entscheidendes mehr als ein Binnenmarkt, nämlich eine Staatengemeinschaft, die diesen Binnenmarkt in einem Mass sozial und ökologisch gestaltet, das über das in der Schweiz übliche Interventionsniveau hinausgeht. Und die EU ist ein Friedenswerk, das in Europa das während Jahrhunderten bestehende verheerende Kriegsrisiko nahezu auf null reduziert hat. Auch auf der Weltbühne gibt es keine andere politische Instanz, die so klar für die Menschenrechte und für soziale und ökologische Leitplanken der Globalisierung eintritt wie die EU. Und in keiner anderen Weltregion hat sozialdemokratische Politik so viele Spuren hinterlassen wie in Europa. Dank der Sozialdemokratie sind Chancengleichheit, soziale Durchmischung, menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen und eine auf Ausgleich zielende, sozial und ökologisch regulierte Marktwirtschaft in Europa so weit fortgeschritten, wie sonst auf keinem Kontinent. Dieses Modell geriet zwar auch in der EU unter starken neoliberalen Druck. Es kann und soll aber immer noch daran angeknüpft werden, wenn es gilt, die beschleunigte und entfesselte Globalisierung auf den Weg der Nachhaltigkeit zu bringen und auf das Ziel der Gerechtigkeit und der Solidarität auszurichten.

Für die Sozialdemokratie gibt es in Europa kein Zurück zu unabhängig voneinander oder gar gegeneinander handelnden Nationalstaaten, sondern nur ein Vorwärts zu mehr, weit über den Binnenmarkt hinausreichender Integration. Die Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen eine international ausgerichtete und organisierte Parteien-Familie. Sie hat dem Nationalismus meist misstraut – zu Recht, wie die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts beweist. Diese erlitt mit den beiden Weltkriegen und dem Holocaust ihren nationalistisch

und rassistisch gesteuerten absoluten Tiefpunkt. Danach erreichte Europa die seit Jahrhunderten längste Phase friedlichen Zusammenlebens – dank der EU als einer den Nationalismus hinter sich lassenden Friedensmacht. Die europäische Integration und die Globalisierung der Welt sind transnationale Entwicklungen, die dem Charakter der Sozialdemokratie strategisch entsprechen.

Die ökonomischen, kulturellen und politischen Verflechtungen sind in den letzten Jahrzehnten sehr wichtig geworden und werden zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Die nationale Grenze ist als Rahmen für politisches Handeln löchrig geworden und eignet sich nicht für die Lösung der grossen Probleme mit ihren internationalen Dimensionen: Klimawandel, Migrationsbewegungen, Warenhandel und Kapitalverkehr, Finanzspekulation, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Massenkommunikation, Kooperationen im Bereich der Wissenschaften, Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte, Krieg und Frieden. Mehr als je zuvor muss sich sozialdemokratische Politik international orientieren und einbringen, wenn sie etwas bewegen will. Wollen wir daher in und mit der Schweiz global etwas bewegen, so kommen wir an der EU nicht vorbei. Dies heisst auch, dass die EU und Europa für uns nie ein exklusiv den Europäerinnen und Europäern zustehender Raum ist. Die EU muss solidarisch mit den Benachteiligten der Globalisierung zur Lösung der weltweiten Probleme beitragen und darf ihre Grenzen nicht für all jene schliessen, die in Europa Hilfe und ihr Glück suchen.

Dennoch bleibt der Nationalstaat ein zentraler politischer Handlungsraum. Das gilt vor allem für die Schweiz, die der EU noch nicht angehört. Sie hat ihre Position als einer der weltweit führenden Finanzplätze, als Land mit Spitzenforschung, mit Spitzentechnologie und mit hochqualifizierter Arbeitnehmerschaft, als Volkswirtschaft mit extremer Exportorientierung, als Einwanderungsland, als Sozialstaat, als direkte und föderalistische Demokratie im grossen Ganzen behaupten können. In diesem Sinne ist die Schweiz grösser, stärker und einflussreicher, als es ihrer Fläche und Bevölkerungszahl entspricht.

Ihre internationale Reputation hat aber gelitten, und ihr Selbstverständnis ist brüchig geworden. Die Schweiz setzte zu lange auf ein Geschäftsmodell, das in der Unterlaufung des Rechts von Partnerstaaten einen Standortvorteil erblickte. Im Kalten Krieg war diese Rolle international akzeptiert, heute nicht mehr. Die viel beschworene Unabhängigkeit erweist sich angesichts des alltäglichen «autonomen Nachvollzugs» von EU-Recht als Mythos. Unser Land isoliert sich unter bürgerlicher Führung zunehmend in Europa und macht sich diejenigen zum Gegner, die seine besten Partner sein könnten und sein sollten. Die Folge ist eine Häufung aussenpolitischer Misserfolge, welche wiederum den Isolationisten in unserem Land Auftrieb geben – eine verheerende Spirale, welcher die SP entschieden entgegentreten will.

4. Gesellschaftliche Umbrüche

Unsere Gesellschaft machte im letzten Jahrhundert einen tiefgreifenden Wertewandel durch. Humanistische Werte gewannen in der Nachkriegszeit an Bedeutung, neue soziale und wirtschaftliche Rechte wurden breit anerkannt. Traditionelle Werte der 50er-Jahre – Recht und Ordnung, Leistung und Disziplin – und die materiellen Werte der 60er-Jahre – Prosperität, Prestige und Konsum – wurden zur Zielscheibe der sozialen Kämpfe der 1968er Bewegung. Sie forderte das Recht auf Protest und eine eigenständige Jugendkultur, die sexuelle Befreiung und die Frauenemanzipation. In den 70er-Jahren klagten neue soziale Bewegungen und die Alternativkultur postmaterielle Werte ein: Unabhängigkeit, Selbstverwirklichung und Konsumkritik. Eine erstarkende Zivilgesellschaft kämpft für die weltweite Durchsetzung sozialethischer Grundwerte, den Schutz der Umwelt und die Achtung der Menschenrechte. Als zentrale fortschrittliche Kraft machte sich die SP diese neuen Werte zu eigen. Sie kämpft für die individuelle Freiheit der Menschen, hält aber stets an der grundsätzlichen Orientierung am Gemeinwohl fest.

Die vom Neoliberalismus geprägten wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und technologische Sprünge wie im IT-Bereich unterwarfen auch unsere Arbeitsgesellschaft tief greifenden Umbrüchen. Das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Bildung, Qualifikation und Wissen werden immer wichtiger und gezielt ökonomisch ausgebeutet. Neue kreative Berufe entstehen, während handwerkliche und landwirtschaftliche Tätigkeiten unter Druck geraten und in andere Länder verlagert werden. Das rechtlich vielfach vorausgesetzte Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist im Verlaufe ihrer Biografie von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbständigkeit bestimmt. Stabile kollektive Arbeitsbeziehungen werden seltener, die Lage vieler Arbeitnehmenden wird tiefgreifend individualisiert, was historisch gewachsene Solidaritäten schwächt und kollektives Handeln erschwert. Die steigende Mobilität und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erhöht den sozialen Druck; psychische Erkrankungen nehmen zu, der Zusammenhalt der Gesellschaft lässt nach und neue raumplanerische Herausforderungen entstehen.

Zwischen Individualisierung und Ausgrenzung liegt oft nur ein kleiner Schritt. Während die Anhänger des Neoliberalismus von diesen Veränderungen in unserer Wirtschaft profitieren, nimmt die Prekarisierung zu. Nicht alle können durch Arbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten. Besonders betroffen sind Einwandererfamilien und Alleinerziehende. Auch weniger Qualifizierte und ältere Erwerbstätige haben auf dem Arbeitsmarkt einen schweren Stand. Bei langandauernder Armut von Familien steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die he-

ranwachsenden Kinder später ebenfalls arm sind. Der Zugang zu Bildung und sozialem Aufstieg beruht immer noch nicht auf Chancengleichheit. Vielmehr bestimmt nach wie vor die Herkunft die Zukunft der Kinder.

Angesichts der Herausforderung offener Grenzen und neuer sozialer Risiken löst sich gleichzeitig das frühere Selbstverständnis einer kompakten, in der Heimat verwurzelten Leitkultur allmählich auf und wird von einer bunten Vielfalt nebeneinander existierender Kulturen abgelöst. Neue, immaterielle Werte gewinnen bei jenen an Bedeutung, die am materiellen Wohlstand teilhaben. Eine Generation folgt auf die andere, keine nimmt aber gerne von jenen Werten Abschied, die sie prägten. Dazu gehört nach wie vor das im verklärten Rückblick auf die Krisen- und Kriegszeit konstruierte Selbstbild der Schweiz als widerstandsentschlossene Schicksalsgemeinschaft, die ihre Werte verteidigt, indem sie die Grenzen schliesst und alles Fremde abwehrt. Dieses Selbstbild hat keinerlei Realitätsbezug mehr zur heutigen Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft ist auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern weit vorangekommen. Der Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung von 1981, das Gleichstellungsgesetz von 1996, der Erwerbersatz bei Mutterschaft von 2005 und die Harmonisierung der Familienzulagen von 2009 bilden bedeutende, massgeblich von der SP erkämpfte Meilensteine. Das Partnerschaftsgesetz erleichtert seit 2007 neue Familienmodelle, das Behindertengleichstellungsgesetz stärkt seit 2004 die Stellung der Betroffenen in unserer Gesellschaft. Noch sind alte Rollenverteilung und gesellschaftliche Diskriminierung nicht überwunden. Rechtliche Gleichheit bedeutet nicht schon Gleichstellung. In Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Benachteiligungen fort. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf überwiegend ein Problem der Mütter, verdienen Frauen deutlich weniger als Männer, verlieren Frauen leichter ihren Arbeitsplatz und sind Frauen mehr von Armut bedroht. Zwar schliessen Frauen ihre Schulbildung häufiger mit einer Matura ab als Männer, sind aber in den Studiengängen mit den besten Berufsaussichten weiterhin stark untervertreten. Immer noch haben Frauen nicht den gleichen Zugang zu beruflichem Aufstieg, zu gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit und zu existenzsichernder Arbeit. Die häusliche Pflege- und Betreuungsarbeit ist schlecht verteilt. Kaum beteiligt sind jene männlichen Erwerbstätigen, die nur Vollzeit arbeiten wollen oder können. Die bürgerliche Sparpolitik setzt dabei alles daran, die hohen Care-Kosten auch weiterhin im privaten Bereich zu belassen. Nach wie vor orientieren sich Gesellschaft und Gesetzgeber an einem Familienmodell, das es so in der Realität vielfach nicht gibt.

Tiefgreifende demografische Entwicklungen verändern die Ausgangslage ebenfalls. Die Lebenserwartung steigt, was erfreulich ist. Andererseits sind mehr Menschen in hohem Alter, zumal wenn sie allein leben, auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen. Gleichzeitig kommen bei uns deutlich weniger Kin-

der zur Welt als Alte sterben. Dies führt in vielen Bereichen des Alltagslebens zu Umbrüchen, von der Arbeitswelt bis zu den Sozialsystemen. Aus bestimmten Regionen wandern die wenigen Jungen ab, die Alten bleiben. Die Zuwanderung von Menschen im erwerbsfähigen Alter trägt zu wirtschaftlichem Erfolg, der Finanzierung der Sozialwerke und dem Ausgleich der Alterspyramide bei, stellt aber gleichzeitig hohe Anforderungen an die Integrationspolitik.

Auch das Rollenverständnis des Staates unterliegt einem starken Wandel. Der Nachwächter- und Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts wurde im 20. Jahrhundert vom Wohlfahrtsstaat abgelöst. Im europäischen Vergleich baute die Schweiz den Wohlfahrtsstaat im Bereich mancher sozialer Risiken erst stark verspätet auf. Er wird seit der neoliberalen Wende vielfach in Frage gestellt. Dank den Volksrechten gelang es in unserem Land, die kollektiven Solidaritäten einigermaßen zu erhalten und punktuell auszuweiten. Dies zeigt eine enge Verbindung der Schweizer und Schweizerinnen mit dem Wohlfahrtsstaat und den Leistungen des Service public. Dennoch wurden auch bei uns öffentliche Dienstleistungen dem Markt überlassen oder neu einer Marktlogik ausgesetzt, deren Schäden sich allmählich abzeichnen. Das neoliberale Dogma einer unaufhaltsamen Privatisierung und Dezentralisierung des Sozialstaates und einer Entwicklung zum Wohlfahrtspluralismus als Alternative zur staatlichen Daseinsvorsorge zielt aber an den Erwartungen und Bedürfnissen der breiten Bevölkerung vorbei, ebenso das unsägliche Staatsquoten-Dogma, das die Finanzpolitik des Bundes seit Ende der 90er-Jahre beherrscht.

5. Die Hinterlassenschaft der kapitalistischen Weltordnung

1989 brachen jene Diktaturen zusammen, die sich selbst als «realer Sozialismus» bezeichnet haben, aber furchtbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und die Demokratie und Freiheitsrechte mit Füßen getreten haben. Die Sozialdemokratie verstand sich stets als Alternative zu diesen Systemen. Seither setzte sich weltweit die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch. Im Zuge der Globalisierung bildete sich ein einziges Weltsystem heraus. Ihre Hinterlassenschaft lässt es nicht zu, dass wir die heutige Weltordnung als Ende oder gar als Vollendung der Geschichte akzeptieren könnten:

- Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut, die mit schweren Mängeln an Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Behausung, Arbeit verbunden ist.
- Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 40 Prozent des Weltvermögens, die reichsten 10 Prozent besitzen 85 Prozent.
- Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung erzielt nur gerade 1 Prozent des Einkommens, die besser verdienende Hälfte dagegen 99 Prozent.

- Frauen erhalten 10% des Welteinkommens und besitzen 1% des Weltvermögens.
- Die Kluft zwischen Reich und Arm öffnet sich immer weiter, statt sich zu schliessen: 1960 erzielte weltweit das reichste Fünftel der Menschen ein Pro-Kopf-Einkommen, das 30-mal höher lag als dasjenige des ärmsten Fünftels; im Jahr 2000 war es schon 80-mal so viel.
- 1 Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt, 40 Millionen sterben jedes Jahr an Hunger oder dessen unmittelbaren Folgen. Die Weltlandwirtschaft hätte das Potenzial, zwölf Milliarden Menschen zu ernähren. Hunger muss nicht sein, sondern ist Folge der ungerechten Verteilung der Nahrungsmittel und damit eine Folge von sozialer und struktureller Ungleichheit.
- Für 1 Milliarde Menschen gibt es kein sauberes Trinkwasser, Tendenz zunehmend; 2,5 Milliarden leben ohne sanitäre Einrichtungen.
- Der Kapitalismus führte zu einer Machtballung in den Händen von transnational tätigen Unternehmen: Die 500 grössten multinationalen Konzerne kontrollieren über die Hälfte des Welt-Bruttosozialprodukts. Zu den 100 grössten Wirtschaftseinheiten zählen mehr Konzerne (51) als Staaten (49).
- Der ausbeuterische Umgang mit der Natur, insbesondere mit den fossilen Energieträgern, hat zu einer Erderwärmung und einem Klimawandel geführt, die den Lebensraum Erde existenziell gefährden. Von den Folgen sind die bereits heute benachteiligten Menschen am meisten betroffen, obschon sie am wenigsten zur Klimaerwärmung beitragen.
- Die Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten gefährden ganze Volkswirtschaften. Die internationale Finanzspekulation untergräbt die national und regional verfasste Geld- und Fiskalpolitik und überträgt regionale Krisen in Windeseile auf die gesamte Weltwirtschaft.
- Der globalisierte Kapitalismus führt zu einer Regulierung der Politik durch die Wirtschaft, statt dass die demokratische Politik die Wirtschaft regulieren würde. Der Staat verliert an Macht, die Demokratie an Boden, das private Streben nach maximalem Profit drängt das Streben nach Gemeinwohl in die Defensive; die Privatisierung öffentlicher Güter wird vorangetrieben. Die autoritäre Wirtschaft gefährdet die politische Demokratie.

II. Unsere Grundwerte: Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität

Gerechtigkeit ist der zentrale Wert der Sozialdemokratie. Er ist untrennbar mit zwei anderen wichtigen Werten verbunden: Solidarität und Freiheit. Er beruht auf der grundlegenden Überzeugung, dass alle Menschen durch die gleiche Menschenwürde ausgezeichnet sind und ihnen deshalb die gleichen Lebenschancen zustehen sollen. Er gründet zudem im Wissen, dass die real existierenden Zustände überall, wenn auch nicht überall im gleichen Ausmass, von gerechten Zuständen weit entfernt sind. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist die Geschichte des Kampfes um Gerechtigkeit. Dabei entwickelte sich die SP von einer Klassenpartei zu einer Wertepartei, die allen Menschen offen steht, die ihre Grundwerte teilen.

Das Bürgertum hat vom revolutionären Dreigestirn der Aufklärung «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» nur die Freiheit zu seinem Projekt gemacht und darunter erst noch vorab die Freiheit der Besitzenden verstanden. Die Sozialdemokratie hat im 20. Jahrhundert mit allen drei Werten ernst gemacht und wird dies weiterhin tun. Gleichheit heisst in unserem Verständnis sowohl gleiche Rechte als auch tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung der Individuen. Gleichheit wird damit gleichbedeutend mit Verteilungsgerechtigkeit als Kern der sozialen Gerechtigkeit, und die Rechte auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Existenzsicherung werden von programmatischen Sozialzielen in der Verfassung zu einklagbaren sozialen Grundrechten fortentwickelt. Jeder Mensch ist an Würde gleich und soll deshalb unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Rasse, seiner religiösen Anschauung, seiner sexuellen Orientierung und Identität, seiner Herkunft und Nationalität, ob behindert oder nicht, die gleichen Lebenschancen haben. Gleichheit ist in unserem Verständnis also gerade das Gegenteil von Gleichmacherei; sie ist vielmehr die Voraussetzung dafür, dass sich die Verschiedenartigkeit der Menschen und die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppierungen entfalten können und nicht durch Diskriminierungen behindert werden. Wir beziehen Gleichheit auch auf Freiheit: Nur wenn es in einer Gesellschaft die Gleichheit an Freiheiten gibt, handelt es sich um eine freiheitliche Gesellschaft.

Freiheit verdient diesen Namen für die Sozialdemokratie nur, wenn sie allen Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes und würdiges Leben zu führen und gleichberechtigt am Wirtschaftsprozess teilzunehmen. Freiheit setzt eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik voraus. Es ist nicht einzusehen, warum die Wirtschaftsfreiheit nur der besitzenden Minderheit zustehen soll und nicht auch der besitzlosen Mehrheit. Wir fordern die Gleichheit an Freiheiten als Menschenrecht, das an keine andere Voraussetzung gebunden ist als an das Menschsein. Das muss auch für die Wirtschaftsfreiheit gelten.

Die Sozialdemokratie war immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Seit ihren Anfängen ist sie eine Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft

und eine Demokratiebewegung, die für die Teilhabe aller am Staat und an der Wirtschaft kämpft. Sie war es, die in ganz Europa die Ideen der Französischen Revolution und der Revolution von 1848 weiterführte. Demokratieggeschichte ist in Europa von der Geschichte der Sozialdemokratie nicht zu trennen. Sie hat Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenstimmrecht erkämpft und sich jeder Diktatur und staatlichen oder nichtstaatlichen Unterdrückung widersetzt, gleichgültig ob diese bürgerlich, faschistisch oder kommunistisch war. Für die Sozialdemokratie war stets klar: Erst der demokratische Rechtsstaat schafft das Recht auf Freiheit, schützt und begrenzt sie auch, denn Freiheit ist nur als Ordnung gegenseitiger Rechte und Pflichten möglich.

Sozialdemokratische Politik setzt an diesem Punkt an: Sie will dafür sorgen, dass alle Menschen die gleiche Ausgangsposition erhalten, tatsächliche Chancengleichheit realisiert ist und jeder und jede nach seinen und ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten einen Beitrag zur Gesellschaft leisten können. Die Menschen sollen nicht länger gezwungen sein, dort zu verharren, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat.

Solidarität ist die wichtigste Handlungsmaxime für die SP. Wir verstehen darunter jede Form von Politik und persönlichen Verhaltensweisen, die auf Teilnahme und gemeinsamem Handeln beruhen und auf die möglichst gerechte Verteilung von Gütern, Diensten, Macht, Wohlstand und Lebenschancen für alle Menschen abzielen. Solidarisches Handeln ist also immer auf den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Solidarische Politik bedeutet Umverteilung, verstanden als Korrektur von ungerechter Verteilung, als Beseitigung oder Verminderung von Benachteiligungen, als bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die Natur. Solidarität ist auch eine Verpflichtung, den eigenen Kräften gemäss an der Umverteilung der Reichtümer mitzuwirken, sich aktiv ins soziale Leben einzubringen, Verantwortung zu übernehmen für die Schwächsten und für jene, die existentiell auf die Gesellschaft angewiesen sind. Für die SP gibt es drei zentrale Solidaritäten: Solidarität in der eigenen Gesellschaft, internationale Solidarität und Solidarität mit den Nachgeborenen.

Die ideellen Freiheitsrechte (Gewissens- und Religionsfreiheit, Meinungsäusserungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sind Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, die seither vorab von der Sozialdemokratie verteidigt und weiter entwickelt wurden. In Übereinstimmung mit ihren Werten steht die Sozialdemokratie zudem für die Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte ein, welche die ideellen Freiheitsrechte ergänzen. Die Achtung gemeinsamer Sozialrechte geht dabei der Ausübung der Wirtschafts- und Eigentumsfreiheit vor. So gehört zur Vereinigungsfreiheit auch das Recht auf kollektive Kampfmassnahmen gegen Arbeitgeberwillkür. Die Sozialdemokratie lehnt die Wirtschaftsfreiheit nicht einfach ab. Sie darf aber nicht allein das Vorrecht jener sein, die über Produktionsmittel verfügen oder selbständig Erwerbende sind. Vielmehr soll sie zu einem Wirtschaftsbürgerrecht fortentwickelt werden, damit alle an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen der Wirtschaft mitbestimmen können.

III. Unsere Vision – der demokratische Sozialismus

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben eine visionäre Tradition. Die Vision heisst demokratischer Sozialismus. Dieser beruht auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, achtet die Würde des Menschen und befreit ihn von Ausbeutung, Unterdrückung und Not. Um diese Werte zu verwirklichen, brauchen wir einen Plan. Dieser Plan ist die Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche unserer Gesellschaft.

1. Die Demokratisierung der Wirtschaft

Die SP Schweiz war und ist eine Partei, die den Kapitalismus nicht als Ende und schon gar nicht als Vollendung der Geschichte akzeptieren will. Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinausgeht und diesen durch die Demokratisierung der Wirtschaft letztlich überwindet. Sie wusste, dass dieses Ziel in der Ferne liegt, aber sie hat trotzdem an ihm festgehalten. Denn die Wirtschaftsdemokratie ist mehr als ein Ziel. Sie ist auch der Weg, um dieses Ziel zu erreichen.

Albert Steck, Mitbegründer der SP Schweiz, forderte die Wirtschaftsdemokratie bereits vor 120 Jahren. Er bezeichnete sie als die bedeutendere im Vergleich mit der politischen Demokratie und verlegte ihre Realisierung dennoch in eine fernere Zukunft. Bei dieser Ausgangsposition ist es bis heute geblieben. Die politische Demokratie wurde weiter ausgebaut, die wirtschaftliche Demokratisierung aber ist ausgeblieben. Gefordert wurde sie von der SP allerdings in jedem Parteiprogramm seit 1888 in der einen oder anderen Weise. Ein wichtiger Versuch – die Mitbestimmungsinitiative der Gewerkschaften – scheiterte an der Urne.

Die Vision «Wirtschaftsdemokratie» im Parteiprogramm fortzuschreiben, ist unverzichtbar. Sie dort parkiert zu wissen, genügt aber nicht. Wir wollen uns der Vision durch praktische Politik nähern. Wir wissen, dass es bereits heute Elemente einer demokratischen Wirtschaftsordnung gibt – in der realen Welt und in der Ideenwelt. Wir wollen sie verteidigen und stärken. Wir wollen neue Elemente erarbeiten und vorschlagen. Wir wollen dafür Mehrheiten gewinnen. Wir wollen uns aufmachen auf den Weg der Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine sozialdemokratische Strategie der Systemveränderung. Sie ergibt sich mit der Entwicklung der Sozialversicherungen an Stelle privater Versicherungen, durch die Stärkung des Service public statt zerstörerischer Konkurrenz und durch die Ausweitung der Rechte der Beschäftigten zu Lasten des Diktats von Aktionären. Dieser Prozess vertieft die Rechte der Bürger und Bürgerinnen und der Beschäftigten und

drängt den Einfluss jener zurück, die heute allein entscheiden. Die Demokratisierung der Wirtschaft wird deshalb auf den allergrössten Widerstand jener Kreise stossen, die Wirtschaftsmacht abgeben müssten. Ob der Prozess weiter geht, hängt zunächst von uns selber ab, denn niemand sonst wird wirtschaftsdemokratische Projekte auf die politische Tagesordnung setzen. Danach hängt es davon ab, ob es uns gelingt, Entscheide in dieser Richtung zu bewirken. Das wiederum hat mit unserer politischen Durchsetzungsfähigkeit zu tun, mit der Qualität der wirtschaftsdemokratischen Projekte, mit der Überzeugungskraft unserer Ideen und Argumente.

Was bedeutet es, die Wirtschaft zu demokratisieren? Die Antwort ist im Grunde einfach: Wir wollen, dass nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft steht, sondern die Wirtschaft im Dienst des Menschen. Wir wollen die Menschen aus entfremdeter, fremdbestimmter Erwerbsarbeit befreien und die Diskriminierung der Frauen beseitigen. Wir wollen eine Wirtschaft, die dem guten Leben dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und das faire Zusammenleben aller in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fördert, in der wir gerne leben.

Für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen gilt das Primat von Demokratie und Politik. Dieses Primat geht im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung der wirtschaftlichen Wertschöpfung, der blossen Nutzenebene vor. Es erfordert die Überwindung des Kapitalismus, der unsere Gesellschaft auf eine blosser Marktgesellschaft und die sozialen Beziehungen auf den blossen Tausch von Vorteilen reduziert. Der umfassenden Ökonomisierung der Gesellschaft stellen wir die umfassende Zivilisierung der Wirtschaft entgegen.

Wirklich demokratisch und frei kann eine Gesellschaft nur sein, wenn auch der Ort, an dem Reichtum geschaffen und ökonomische Macht verteilt werden, demokratisch organisiert ist. Den demokratischen Sozialismus verstehen wir als Vision, welche die heutigen Ungerechtigkeiten zu Gunsten einer wirklich demokratischen Gesellschaft überwindet. Früher war politische Macht Feudaleigentum. Fürsten haben für ganze Weltreiche entschieden. Die bürgerlichen Revolutionen haben diese Eigentumsform abgeschafft. Gleich verhält es sich mit der Wirtschaftsmacht – einer Macht, über die heute nur einige wenige verfügen und von deren Teilhabe die grosse Mehrheit der Menschen ausgeschlossen ist. Diese grosse Mehrheit hat in der Wirtschaftsdemokratie nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen.

Mit dem strategischen Ziel «Wirtschaftsdemokratie» eröffnen wir ein neues politisches Aktionsfeld mit weitem zeitlichem Horizont. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist als politischer Prozess zu verstehen und zu praktizieren, der im Hier und Heute ansetzt und den wir weiterentwickeln wollen. Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demo-

kratisierbaren Bereiche. In der heutigen Gesellschaft bestehen bedeutsame wirtschaftsdemokratische Vorleistungen, an die angeknüpft werden kann:

1. Mit dem Service public gibt es in der Volkswirtschaft Bereiche und Betriebe, die ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt sind. Sie haben nicht überrissene Renditeerwartungen von Investoren zu erfüllen, sondern einen staatlich definierten Grundversorgungsauftrag. Das gilt etwa für Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur (öffentlicher Verkehr, Post, Strom- und Gaswirtschaft, Wasserversorgung und Abwasserreinigung), Kommunikation (Telekommunikation, Radio und Fernsehen), Versicherungen (obligatorische Unfall-, Kranken- und Gebäudeversicherung) und Gesundheitsversorgung. Diese Unternehmen sind entweder in gemeinschaftlichem Eigentum oder via Gesetze und Leistungsaufträge unter demokratischer Kontrolle. Eine wirtschaftsdemokratisierende Politik verteidigt den Service public, passt ihn der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung an und versucht, ihn auf weitere geeignete Bereiche auszudehnen.
2. Zur Demokratisierung der Wirtschaft trägt auch das Genossenschaftswesen bei, das wir ausbauen wollen. Die Genossenschaft bildet auf betrieblicher Ebene ein Gegenmodell zur Aktiengesellschaft (AG). Sie gründet auf dem demokratischen Grundsatz «ein Mensch – eine Stimme», während die AG auf dem kapitalistischen Grundsatz «ein Anteilschein – eine Stimme» basiert. Der genossenschaftliche Bereich der Volkswirtschaft ist ausbaufähig und geeignet, zur Demokratisierung der Wirtschaft beizutragen. Genossenschaftlich können namentlich Unternehmen organisiert werden, die Dienstleistungen von existenzieller Bedeutung erbringen, wie Krankenversicherungen, Pensionskassen, Telekommunikation. Ein staatlicher KMU-Fonds soll zudem Betriebe aufkaufen, die keine Nachfolge finden, und sie in Genossenschaften umwandeln. Um die Genossenschaften attraktiver zu machen, ist auch das Genossenschaftsrecht zu ändern. Die Revision soll die Finanzierung erleichtern und die demokratische Transparenz bei Grossgenossenschaften gewährleisten.
3. Die Mitbestimmung der Belegschaften vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis zur Unternehmensebene ist ebenfalls ein geeignetes Instrument zur Demokratisierung der Wirtschaft, weil sie einen Teil der Macht im Betrieb den Besitzenden entzieht und auf die Arbeitenden überträgt. Diese und ihre demokratisch gewählten Vertretungen sollen umfassende Informationsrechte erhalten und auf die strategischen Entscheidungen Einfluss nehmen können. Wir sehen es als unsere Aufgabe und diejenige der Gewerkschaften an, in den grossen Unternehmen für eine wenigstens gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeit mit dem Kapital und auch in den übrigen Bereichen der Wirtschaft für mehr Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten zu kämpfen. Wir wollen diese Rechte so weiter entwickeln, dass Loyalitätskon-

flikte vermieden und soziale und ökologische Grundwerte in die Unternehmensleitungen eingebracht werden.

4. Zur Wirtschaftsdemokratie kann auch die Weiterentwicklung von Aktiengesellschaften zu Mitarbeitergesellschaften beitragen. Hier wird das private Eigentum an einer Firma schrittweise durch den Aufbau von gemeinschaftlichem Eigentum durch die Belegschaft ergänzt. Dieses Betriebskapital entsteht durch die Umwandlung von erwirtschafteten Gewinnanteilen. Es wird nicht in Form von Anteilscheinen den Mitarbeitenden ausgehändigt, sondern verbleibt im kollektiven Besitz der jeweiligen Belegschaft, die darüber demokratisch verfügt.
5. In Sozialversicherungen, namentlich Pensionskassen, kommen riesige Vermögenswerte zusammen. Sie bilden ein weiteres Instrument, um die Demokratisierung der Wirtschaft voranzubringen. In den Stiftungsräten vieler Pensionskassen sind die Arbeitnehmenden paritätisch vertreten. Sie verfügen damit über ein bisher noch nie da gewesenes wirtschaftliches Machtpotenzial, denn Pensionskassen können sich mittels Beteiligung an Aktienkapital Einfluss auf die strategischen Entscheidungen von Unternehmen verschaffen. Es braucht eine gezielte Ausbildung der Stiftungsratsmitglieder und gesetzliche Verpflichtungen, damit solche Kapitalien nur in sozial verantwortungsvolle und ökologisch nachhaltige Unternehmen investiert werden. Zudem sollen die Kapitalien der Sozialversicherungen einem Industriefonds anvertraut werden können, der für den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und deren Demokratisierung sorgt und zur Finanzierung von Unternehmen des Service public und öffentlicher Infrastrukturaufgaben herangezogen werden kann. Die Verzinsung soll möglichst konstant erfolgen und die Finanzierung der vereinbarten Sozialleistungen sicherstellen.
6. Im Zeitalter der Globalisierung wird die Demokratisierung der Wirtschaft auch auf internationaler Ebene immer wichtiger. Die Ausgangslage und die Aktionsfelder sind dieselben wie auf nationaler Ebene: staatliche Regulation bestimmter Kernmärkte; Bereitstellung öffentlicher Güter durch die Errichtung eines transnationalen Service public statt transnationale Privatisierungen; Demokratisierung internationaler staatlicher Behörden mit Zuständigkeiten in der Wirtschaftssteuerung (WTO, IWF, Weltbank, ILO) und Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats innerhalb der UNO.
7. Wir wollen auch transnational tätige Unternehmen demokratisieren und sowohl auf Unternehmens- als auch Branchenebene Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten durchsetzen. Das Gesetz soll solche Unternehmen dazu verpflichten, Sozialziele und Nachhaltigkeitsstrategien zu formulieren und darüber regelmässig Rechenschaft abzulegen. An den Schweizer Börsen kotierte Unternehmen müssen in ihrer Berichterstattung zu standardi-

sierter Nachhaltigkeitstransparenz angehalten werden. Nationale Kontaktorgane, die gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig sind, sollen für die Durchsetzung internationaler Standards bei transnational tätigen Unternehmen sorgen. Neue Anforderungen an die Rechnungslegung müssen verhindern, dass sich diese mit Hilfe einer kreativen Buchhaltung der Steuerpflicht entziehen oder Bestechungsgelder verstecken können – damit Aktionariat, Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen zuhanden der Öffentlichkeit die Einhaltung gesellschaftlicher Anforderungen wirksam überprüfen können. Die Verantwortlichkeit von transnational tätigen Unternehmen ist im jeweiligen Heimatstaat soweit zu verschärfen, dass sie für schwerwiegende Verstösse gegen die Menschenrechte und gegen die Arbeits- und Umweltgesetze in anderen Staaten zur Rechenschaft gezogen werden können.

8. Bei der Demokratisierung der Wirtschaft spielen auch die Konsumenten und Konsumentinnen sowie das öffentliche Beschaffungswesen eine wichtige Rolle. Sie können und sollen dank ihrer Nachfragemacht die nötigen sozialen und ökologischen Anforderungen an Produktion und Handel mit Gütern und Dienstleistungen durchsetzen. Dazu braucht es umfassende Transparenz- und Rechenschaftsvorschriften und eine aktive Mitwirkung des Staates bei der globalen Standardisierung von Labels, der Durchführung von Zertifizierungen und dem Aufbau fairer und nachhaltiger Produktionsstätten mit den Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit.
9. Die Überführung von privaten Kapitalgesellschaften in staatliches Eigentum ist in bestimmten Bereichen eine taugliche, allenfalls notwendige Form von Wirtschaftsdemokratie. Sie ist auch in der Schweiz nicht ohne historische Vorbilder (z. B. Eisenbahnen) und bleibt eine Option für die Zukunft (z.B. Krankenkassen). Staatsbetriebe tragen dann zur Wirtschaftsdemokratie bei, wenn sie den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft fördern, umfassend Rechenschaft ablegen, Transparenzpflichten beachten und zusätzlich zu Regierung und Parlament auch den Beschäftigten, der Öffentlichkeit und den Konsumenten und Konsumentinnen angemessene Mitwirkungsrechte einräumen.

2. Eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht

Kern der Demokratisierung der Wirtschaft bildet die Demokratisierung der Eigentumsordnung. Ohne neue Eigentumsordnung kann in der Wirtschaft die Achtung der Menschenwürde und der ökologischen Nachhaltigkeit nicht durchgesetzt werden. Die Sozialdemokratie will das Eigentum nicht abschaffen, sondern in Schranken weisen. Eigentum darf nicht allein ein Recht sein, sondern muss auch zu einer Pflicht werden, sein Gebrauch dem Allgemein-

wohl dienen. Die Sozialdemokratie steht für eine sozialpflichtige, je nach ökologischen oder ökonomischen Aufgaben unterschiedlich ausgestaltete Eigentumsordnung mit persönlichen, privaten, öffentlichen, unternehmensrechtlichen und genossenschaftlichen Nutzungs- und Verfügungsrechten.

Wir wollen auch ein neues, soziales und nachhaltiges Bodenrecht und eine umfassende Bodenreform. Die Zerstörung der natürlichen Ressourcen, die wachsende Verteilungsungerechtigkeit und die regional verbreitete Wohnungsnot haben viel damit zu tun, wie das Eigentumsrecht am Boden ausgestaltet ist, wem der Boden gehört, wie die Eigner mit Bodenbesitz und Macht umgehen und welchen Einfluss die öffentliche Hand auf die Bodenpolitik nimmt. Wir wollen das private Bodeneigentum auf den Eigengebrauch bei nachgewiesenem Bedarf beschränken und die Eingriffsrechte von Bund, Kantonen und Gemeinden in die Boden- und Eigentumspolitik stärken. Nur so wird die Raumplanung wieder durchsetzbar, kann der Zersiedelung Einhalt geboten, die Biodiversität bewahrt und preisgünstiger Wohnraum bereitgestellt werden.

3. Eine solidarische Gesellschaftsordnung

Die Demokratisierung der Wirtschaft zielt auf eine Gesellschaftsordnung, die niemand ausschliesst und für die gleiche Teilhabe und Beteiligung aller am gesellschaftlichen Geschehen einsteht. Wir wollen eine sozial alle einschliessende, «inklusive» Gesellschaftsordnung, welche der Freiheit jedes einzelnen Raum gibt und sie fördert. Wir lehnen jede Form einer ausschliessenden Gesellschaftsordnung ab – unabhängig davon, ob der Ausschluss auf Vorrechten oder Benachteiligungen beruht. Wir wollen Privilegien abbauen, Barrieren aller Art beseitigen und soziale Entfaltungsräume bereitstellen, die es allen ermöglichen, ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben zu führen und den Zugang zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens frei wählen zu können.

Die Vision einer einschliessenden Gesellschaftsordnung geht über blosser Integration hinaus. Schwache und Benachteiligte zu schützen und zu unterstützen ist gut. Besser ist, die Verhältnisse für alle menschengerecht einzurichten und auszustatten. Eine inklusive Gesellschaftspolitik richtet ihren Blickwinkel nicht auf die Anpassung der Schwachen und Benachteiligten an die bestehenden Verhältnisse. Ansatzpunkt ist vielmehr die Anpassung der bestehenden Verhältnisse an die Voraussetzungen und Bedürfnisse aller, allen voran jener, die heute aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer Schicht, Behinderung oder Herkunft ausgegrenzt werden. Die inklusive Gesellschaft geht von der Vielfalt des menschlichen Daseins aus und zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. In einer inklusiven Gesellschaft sind alle gleichermaßen willkommen.

4. Eine gerechte und friedliche Weltordnung

Es gibt keine Demokratisierung der Wirtschaft und keine gerechte, einschliessende Gesellschaftsordnung ohne die Errichtung einer gerechten und friedlichen Weltordnung. Es darf nicht sein, dass Handelswaren nur deshalb konkurrenzfähiger sind, weil sie mit Zwangs- und Kinderarbeit produziert werden oder die Umwelt zum Nulltarif zerstört werden kann. In unserer globalisierten Welt werden so auch bei uns fair und ökologisch produzierende KMU aus dem Markt geworfen, weil sie gegen soziale und ökologische Dumpingangebote keine Chance haben. Die sozialdemokratische Antwort besteht in einer Strategie, die weltweit menschenwürdige Arbeitsbedingungen und eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft sicherstellt.

Die weltweite Achtung der freiheitlichen, politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte sowie die Durchsetzung fairer und ökologischer Arbeitsbedingungen sind Voraussetzungen für eine friedliche und gerechte Welt. Wir wollen eine Weltwirtschaft, von der die Menschen in den Industrieländern und in den Ländern des Südens gleichermaßen profitieren. Nur bei wirtschaftlichem Gedeihen und bei menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für alle kann in den Ländern des Südens die Armut bekämpft und den Ursachen für Zwangsmigration und Terrorismus der Boden entzogen werden.

Wir müssen auch gegenüber der grossen Zahl zutiefst korrupter, menschenverachtender Regime oder gar zerfallender Staaten neue Strategien entwickeln. Wo sich das staatliche Gewaltmonopol gegen die eigene Bevölkerung wendet oder ungebremsete Warlords die Menschen in Angst und Schrecken versetzen, hat die Völkergemeinschaft die Pflicht, die Zivilbevölkerung zu schützen. Unsere Vision ist ein kollektives Sicherheitssystem unter Führung der UNO, das für ein Grösstmass an Gewaltfreiheit und menschlicher Sicherheit sorgt.

Unsere Vision ist aber auch, die nationalen Armeen durch ein Schutzsystem der Völkergemeinschaft zu ersetzen. Wir wissen, dass wir davon noch weit entfernt sind, auch wenn sich die Anzahl bewaffneter Konflikte und ihrer Opfer in den letzten zwanzig Jahren dank immer zahlreicherer UNO-Blauhelmissionen stark vermindert hat.

Wir wollen den Frieden in erster Linie durch die Schaffung gerechter Verhältnisse, durch soziale und nachhaltige Entwicklung unter demokratischer Mitwirkung aller fördern, denn ohne Entwicklung gibt es keinen Frieden und keine Sicherheit. Wir wissen aber auch, dass es ohne Frieden und Sicherheit keine Entwicklung gibt. Wir wollen kohärent zu beidem beitragen und uns der Verantwortung für wirksamen Schutz vor Gewalt nicht verweigern.

5. Nachhaltige Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen

Wirtschaftliche Werte beruhen auf Arbeit und Natur. Das heutige Produktionssystem beutet sowohl die Arbeitnehmenden als auch die Natur bis zur Zerstörung aus. Eine gerechte Wirtschaftsordnung darf sich nicht damit begnügen, die Ausbeutung der Arbeitnehmenden zu überwinden. Sie muss auch für Nachhaltigkeit und Ressourcengerechtigkeit sorgen. In einer zerstörten Umwelt gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist Umweltpolitik nur erfolgreich, wenn sie auch dazu beiträgt, die sozialen Unterschiede zu verringern.

Die Sozialdemokratie will Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Sozialpolitik als Ganzheit gestalten. Der Kampf für eine intakte Umwelt, für Ressourcengerechtigkeit und für soziale Gerechtigkeit steht nicht im Gegensatz zu Wirtschaftswachstum und mehr Lebensqualität, sondern bildet dafür die Voraussetzung. Die Umstellung auf erneuerbare Energien und eine effiziente, nachhaltige Nutzung der Ressourcen erfordert keinen Verzicht auf ein besseres Leben. Vielmehr schafft der sozial-ökologische Umbau unseres Produktionssystems die Grundlage für mehr und bessere Arbeitsplätze und für eine Befriedigung aller Bedürfnisse im globalen Massstab. Dies bedeutet mehr Wohlstand, mehr Lebensqualität und bessere Perspektiven für alle.

Die aktuelle Verschleuderung der natürlichen Rohstoffe und fossilen Energien ist ursächlich für Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg. Gleichzeitig zerstört sie die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Die Vision der Wirtschaftsdemokratie und einer sozial inklusiven Gesellschaftsordnung schliesst die Abkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch mit ein. Die dafür nötigen Technologien – wir nennen sie Cleantech – stehen bereit. Es ist nicht eine Frage des Könnens, sondern der Machtverhältnisse und der Demokratisierung der Wirtschaft, wirtschaftliche Werte mit einem gegenüber heute massiv verminderten Ressourceneinsatz zu schaffen.

Das Produktionssystem muss mit einer umfassenden Cleantech-Offensive in einen geschlossenen Kreislauf umgebaut werden, in dem die vermeintlichen Abfallstoffe die Ausgangsstoffe neuer Produktionszyklen sind. Das Wirtschaftswachstum muss dazu dienen, den Ressourcenverbrauch radikal zu vermindern, statt ihn laufend zu erhöhen. Ziel ist die Ressourcengerechtigkeit – niemand soll mehr Ressourcen verbrauchen, als dies in der Gegenwart anderen zusteht und in der Zukunft für alle gleichermaßen möglich ist.

IV. Unser Weg

1. Mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität verbessern

a. Den Sozialstaat mit vorsorgender Sozialpolitik stärken

Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts braucht zwei Beine. Zum nachsorgenden Standbein, das Risiken absichert, tritt ein vorsorgendes, das die Menschen dazu befähigt, ihre Chancen zu ergreifen und ihr Recht auf Arbeit wahrzunehmen. Wie das Beispiel der skandinavischen Staaten zeigt, lässt sich so die Lebensqualität aller Menschen massiv verbessern. Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekärer werden und sich der gesellschaftliche Umbruch beschleunigt, ist die zentrale Funktion des Sozialstaates noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Nur wer Chancen hat, wird sie nutzen. Um dieses Versprechen von Sicherheit und sozialem Aufstieg in unserer Zeit zu erneuern, ergänzen wir den Sozialstaat mit dem vorsorgenden Sozialstaat.

Der vorsorgende Sozialstaat stellt den Menschen und seine Entfaltungsmöglichkeiten ins Zentrum. Er begnügt sich nicht damit, Arbeitslosengeld auszubahlen. Vielmehr befähigt er die von Erwerbslosigkeit Betroffenen mit einem breiten Angebot, eine neue und gute Stelle zu finden. Er schaut nicht einfach zu, wenn Menschen unter krankmachenden Bedingungen arbeiten und leben müssen, und verweist nicht allein auf die Krankenversicherung. Vielmehr bekämpft der vorsorgende Sozialstaat zusätzlich das krankmachende Umfeld. Vorsorgende Sozialpolitik bedingt eine Regulierung der Arbeit, die gute Arbeitsbedingungen garantiert.

Der vorsorgende Sozialstaat befähigt seine Bürger und Bürgerinnen, ihre soziale Lage zu verbessern und den sozialen Aufstieg in Angriff zu nehmen. Der Staat wird damit mehr als ein Reparaturbetrieb. Er entwickelt sich zu einem befähigenden und ermöglichenden Staat weiter, der die Menschenwürde aller achtet und dafür vorsorgt, dass alle – auch Menschen mit einer Behinderung oder anderen Einschränkungen – ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art emanzipiertes Leben führen können. Er ergreift dazu Massnahmen und stellt Infrastrukturen bereit, die Menschen Perspektiven eröffnen und sie befähigen, sich aus einer Notlage zu befreien oder gar nicht erst in sie hineinzugeraten: Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Integration in den Arbeitsmarkt und eine auf Selbstbestimmung und Gesundheitsförderung zielende Gesundheitspolitik sind zentrale Achsen der vorsorgenden Sozialpolitik.

Die nachsorgende Sozialpolitik hat während Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, die Verteilungsgerechtigkeit zu erhöhen. Diese Aufgabe muss sie

auch in Zukunft erfüllen. Die Ergänzung der Sozialpolitik um die vorsorgende Komponente braucht es, weil sich die Gesellschaft verändert und immer wieder neue soziale Risiken aufkommen. Fehlendes existenzsicherndes Erwerbseinkommen und Erwerbsausfall sind zum wichtigsten Armutsrisiko geworden. Das Sozialsystem berücksichtigt zu wenig die Migration, unfreiwillige Arbeitsplatzwechsel, ein neues Rollenverständnis der Geschlechter, wechselnde Formen des Zusammenlebens mit Partnern, Partnerinnen und Kindern, eine neue Verhältniszahl zwischen jung und alt oder die bedeutende Rolle prekärer Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig steigt mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft die Eintrittsschwelle in den Arbeitsmarkt, die Frage nach der Qualifizierung wird immer entscheidender. Im Gegenzug erhöht sich nach jeder Wirtschaftskrise die Zahl der Erwerbslosen, die nicht in den Arbeitsmarkt zurückfinden.

Leider hat es die Schweiz gründlich verpasst, in die vorsorgende Sozialpolitik zu investieren. Sie zahlt nun die Zeche mit steigenden Kosten für die Nachsorge. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP stieg von 1990 bis 2005 bloss von 4,9 auf 5,8 Prozent an und sackte 2007 wieder auf 5,2 Prozent ab. Statt die Menschen zu befähigen, sich erfolgreich in die Arbeitswelt und in die Gesellschaft zu integrieren, muss der Staat nun wachsende Kosten für die soziale Sicherheit tragen. Deren Anteil am BIP steigerte sich 1990 bis 2007 deutlich von 15,9 auf 23 Prozent.

Dafür steht die SP ein:

1. Die vorsorgende Sozialpolitik darf nicht länger vernachlässigt werden. Es braucht massive zusätzliche Investitionen in die Bildung, in die Vereinbarkeit von Beruf und häuslicher Arbeit sowie in die Arbeitsmarktpolitik, die Erwerbsfähige nachhaltig qualifiziert und im Falle von Brüchen in der Ausbildungs- und Erwerbsbiografie oder in der familiären Situation einen (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt zu würdigen Bedingungen ermöglicht.
2. Die erwähnten Instrumente der vorsorgenden Sozialpolitik sollen gezielt die Armut bekämpfen, existenzsichernde Erwerbsarbeit fördern, bei der Erziehung helfen und auf Gesundheitsförderung setzen. Sie sollen auch den demografischen Wandel gestalten, indem sie eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren fördern, Ausgrenzung verhindern, berufliche Integration erleichtern und Migration ermöglichen.
3. Die Weiterbildung soll allen Arbeitnehmenden zur Verfügung stehen und nicht allein den Kadern. Arbeitnehmende, deren Beruf verschwindet oder weniger Arbeitskräfte erfordert, sollen einen neuen Beruf erlernen können.
4. Übergeordnete Aufgabe des vorsorgenden Sozialstaates ist die Errichtung einer einschliessenden Gesellschaftsordnung, die allen Menschen – auch

jenen mit einer Behinderung – den Zugang zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens frei von Hindernissen ermöglicht. Die Ziele sind Sicherheit, Teilhabe und Emanzipation. Vorsorgende Sozialpolitik vernetzt unterschiedliche Aufgaben wie Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik, Familien- und Gleichstellungspolitik sowie die Integration von Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund.

b. Umverteilung und soziale Sicherheit

Es gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen, sein Leben in Sicherheit verbringen zu können, und es gehört zu den Grundaufgaben des Staates, für diese Sicherheit und für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen.

Für die SP ist die soziale Sicherheit ein Kernelement ihrer Politik. Alle Erwerbsfähigen sollen dank würdigen Arbeitsbedingungen und Löhnen ihren eigenen Lebensunterhalt und jenen der eigenen Kinder bestreiten können. Untrennbar damit verbunden ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Da diese existenziellen Sicherheiten nicht jederzeit garantiert sind, braucht es sozialstaatliche Einrichtungen, die im Falle des Erwerbsausfalls mit Lohnersatz einspringen.

Die SP rechnet sich den Aufbau des schweizerischen Sozialstaates in der Nachkriegszeit als ihre grösste historische Leistung an. Die SP ist gewillt, die Leistungen der Sozialwerke zu erhalten und – wo nötig – entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklung aus- und umzubauen. Nur wenn ihnen die soziale Sicherheit garantiert ist, sind die Menschen wirklich frei und können sie ihre Fähigkeiten und Neigungen entfalten.

Damit dies gelingt, sind heute grundlegende Erneuerungen des Sozialstaates unabdingbar. Die Generationensolidarität muss neu formuliert und das soziale Sicherungssystem auf die demografischen Entwicklungen ausgerichtet werden:

- auf das Verhältnis von Erwerbstätigen und Pensionierten, das sich ungünstig entwickelt;
- auf die Lebensqualität im Alter, das sich in ein «junges Alter» mit Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft und in ein «höheres Alter» mit oder ohne Bedarf an Pflege und an grösseren Gesundheitsleistungen aufteilt;
- auf die Gliederung der Gesellschaft in einen Familien- und Nichtfamilien-sektor mit stark unterschiedlichen Ansprüchen an den Sozialstaat.

Dafür steht die SP ein:

1. Alle auf temporären Erwerbsausfall ausgerichteten Versicherungen sind in einer einzigen allgemeinen Erwerbsversicherung (inkl. Elternschaft) zusammenzufassen. In der Altersvorsorge soll das Gewicht von den Pensionskassen auf die AHV verlagert werden, damit diese endlich das Verfassungsziel erreicht, den Existenzbedarf im Alter angemessen zu decken.

Namentlich auch Personen in prekären Arbeitsverhältnissen oder mit geringen Einkommen sollen einen Ruhestand in Würde und sozialer Sicherheit geniessen können.

2. Subsidiär zur allgemeinen Erwerbsversicherung und zum existenzsichernden Mindestlohn soll eine garantierte Grundsicherung dafür sorgen, dass auch jene ein würdiges Leben führen können, die keine traditionelle Erwerbsarbeit leisten.
3. Arbeitswillige, die wenig qualifiziert und/oder behindert sind, tragen erhöhte Risiken, aus dem Arbeitsmarkt entfernt oder gar nicht erst zu ihm zugelassen zu werden. Die Unternehmen müssen ihre Mitverantwortung wahrnehmen und dieser Ausgrenzung, unterstützt von einer aktiven Politik der Arbeitsförderung und Arbeitsmarktintegration, den Riegel schieben.
4. Der Sozialstaat soll mit einer ökologischen Steuerreform, einer verstärkten Progression der Einkommens- und Vermögenssteuern und einer erhöhten Mehrwertsteuer auf Luxusgütern finanziert werden, statt die unteren und mittleren Einkommen immer stärker zu belasten. Um den Druck des Standort-, Steuer- und Kostenwettbewerbs auf den Sozialstaat abzubauen, braucht es internationale Steuer- und Sozialstandards.
5. Die gemeinschaftsbezogene Freiwilligenarbeit ist eine Stütze der sozialen Sicherheit und als sinnstiftende Sozialzeit eine Chance für neue Lebenserfahrungen und die Förderung des Gemeinnsinns. Damit diese Freiwilligenarbeit allen offen steht, braucht sie echte gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung.
6. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört Verteilungsgerechtigkeit. Die Verteilung der Einkommen und Vermögen ist aber extrem ungleich. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet. Die SP will diesen Trend in sein Gegenteil kehren, das Steuersystem in den Dienst der Verteilungsgerechtigkeit stellen und die Sozialpflichtigkeit zur Grundlage einer neuen Eigentumsordnung machen. Dazu gehören eine progressive Besteuerung und verteilungsgerechte Sozialleistungen sowie eine Beschäftigungspolitik durch antizyklische Konjunkturpolitik, Mindestlöhne und gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit. Der bestehende Wildwuchs von Steuerabzügen hat einem einfacheren, transparenteren und gerechteren System zu weichen, und Steuerschlupflöcher müssen gestopft werden. Eine geordnete Finanzpolitik geht nicht zu Lasten künftiger Generationen. Sie braucht eine Stärkung der Einnahmen durch eine nationale Erbschaftssteuer für grosse Vermögen, eine Kapitalgewinnsteuer, die Verhinderung von schädlichem Steuerwettbewerb und eine konsequente Weissgeld-Strategie.

7. Die SP will gesellschaftliche und institutionelle Verhältnisse schaffen, die niemand an den Rand der Gesellschaft drängen. Sie will Ausgrenzungen jeglicher Art bekämpfen und sozial benachteiligten Gruppen durch gezielte Fördermassnahmen beistehen. Der Solidarität bedürfen insbesondere Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, Erwerbslose, Alleinerziehende, ältere Menschen, chronisch Kranke, Menschen mit Bildungsrückständen, Menschen mit Behinderungen und Eingewanderte.
8. Die SP will den Sozialstaat vor Missbrauch und Entsolidarisierung schützen. Wer Steuern hinterzieht, mit einer Niedrigsteuerepolitik den schädlichen Steuerwettbewerb anheizt, seine Kosten zu Lasten der Benachteiligten senkt, sein Eigentum ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl nutzt oder den Sozialstaat missbraucht, trägt zur Entsolidarisierung der Gesellschaft bei und muss daran mit angemessenen Massnahmen gehindert werden.

c. Eine für alle zugängliche, qualitativ gute Gesundheitsversorgung

Die SP tritt für eine allen zugängliche, qualitativ gute Gesundheitsversorgung ein. Dies bedingt eine solide und sozialverträgliche Finanzierung. Sozialverträglichkeit bedeutet, dass niemand wegen der Kosten für Krankheit und Krankenversicherung in wirtschaftliche Not geraten darf. Sie bedeutet auch, dass gut situierte Personen und Haushalte einen grösseren Beitrag leisten als solche mit kleinen Einkommen und Vermögen. Mit dem grossen Finanzierungsanteil über Kopfprämien und mit den hohen Selbstbeteiligungen in der Schweiz ist die Sozialverträglichkeit der Finanzierung nicht gegeben.

Seit 2000 sind die Gesundheitsausgaben im Gleichschritt mit der Wirtschaft gewachsen, ihr Anteil am Bruttoinlandprodukt schwankt zwischen 10 und 11 Prozent. Die Gesundheitsausgaben sind auf einem hohen Niveau stabil. Handlungsbedarf gibt es in erster Linie auf der Finanzierungsseite und hier vor allem bei der wachsenden Belastung der Prämienzahlenden.

Der Anteil der einkommensunabhängigen Kopfprämien an der Finanzierung der Gesundheitsausgaben beträgt 35%. Die öffentliche Hand trägt weniger als halb so viel bei. Damit werden die Haushalte mit hohem Einkommen gegenüber den weniger Verdienenden geschont. Insbesondere Haushalte mit mittlerem Einkommen und ohne Anspruch auf Prämienverbilligung leiden unter den stark wachsenden Krankenkassenprämien.

Zusätzlich zu den Krankenkassenprämien bezahlen die privaten Haushalte ein weiteres Drittel der Gesundheitsausgaben aus der eigenen Tasche. Franchisen und Selbstbehalte, Zahnarztbehandlungen, nicht kassenpflichtige Medikamente, Aufenthalte im Pflegeheim und Spitex-Betreuung gehen auf eigene Kosten. In keinem anderen OECD-Land ist der privat finanzierte Anteil an den

Gesundheitsausgaben so hoch wie in der Schweiz. Für die oft gehörte Forderung, die Eigenverantwortung bedinge eine erhöhte Selbstbeteiligung, gibt es keine Grundlage; im Gegenteil: Eine allzu hohe Selbstbeteiligung an den Gesundheitskosten führt zu Unterversorgung bei chronisch Kranken und Leuten mit wenig Einkommen – und damit zu umso höheren Folgekosten für die Gesellschaft. Die Frage, die sich angesichts der steigenden Belastung der Haushalte immer dringender stellt, lautet: Wie können wir eine sozialverträgliche Finanzierung der Gesundheitsversorgung in Zukunft sicherstellen?

Das Konzept ist gescheitert, mit einer Vielzahl privater Krankenversicherer mehr Wettbewerb zu schaffen, der angeblich zu Prämiensenkungen und innovativen Versicherungsmodellen führen sollte. Stattdessen liefern sich die Krankenkassen einen Pseudowettbewerb. Sie konzentrieren sich auf die Jagd nach so genannt guten Risiken, sprich jungen, gesunden Männern. Koordinierte Versorgungsprogramme für ältere und chronisch Kranke bleiben auf der Strecke. Diese Risikoselektion untergräbt die Versorgungsqualität und den Solidaritätsgedanken, wie er dem Krankenversicherungsgesetz zugrunde liegt.

Dafür steht die SP ein:

1. Der Zugang zu einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung soll für alle, unabhängig von Alter, Geschlecht, Einkommen, Herkunft und Aufenthaltsstatus, gleichermassen gewährleistet bleiben. Dazu braucht es die obligatorische Grundversicherung mit einem Leistungskatalog, der die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung abdeckt. Weiter braucht es eine koordinierte Qualitätsstrategie des Bundes in Zusammenarbeit mit Patientenorganisationen, Leistungserbringern und Kantonen.
2. In der Gesundheitsförderung und Prävention bedarf es massiver Investitionen und einer nationalen Strategie, die sich an messbaren und periodisch zu überprüfenden Gesundheitszielen orientiert. Den entscheidenden Beitrag zur Gesundheit leistet das soziale Umfeld: Bildung, Arbeitssituation, soziale Sicherheit und ein stabiles Beziehungsnetz. Die Vernetzung von Sozialpolitik und Gesundheitsförderung ist deshalb unverzichtbar.
3. Die Gesundheitspolitik muss auf die veränderten Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren: Mit der demografischen Alterung steigt die Zahl der chronisch Kranken und der Bedarf an Langzeitpflege. Die Gesundheitspolitik hat dafür zu sorgen, dass die notwendigen Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie nach aktuellem Stand des Wissens die besten Wirkungen erzielen.
4. Die SP will eine soziale Finanzierung des Gesundheitssystems. Die Finanzierung der Krankenversicherung muss einkommensabhängig erfolgen, wie das bei den anderen Sozialwerken der Fall ist. Die Selbstbeteiligung an den

Gesundheitskosten darf nicht weiter erhöht werden. Die öffentliche Hand muss einen höheren Finanzierungsanteil übernehmen. Die SP will keine weitere Umverteilung von den wenig Verdienenden zu den Gutverdienenden.

5. Die SP will mit einer eidgenössischen Gesundheitskasse dem Pseudowettbewerb der Krankenkassen um gute Risiken ein Ende setzen und die Versorgungsqualität insbesondere für ältere und chronisch Kranke verbessern.
6. Patientinnen und Patienten sind überall in die Entscheidungsfindung und Meinungsbildung einzubeziehen, wo es um Fragen der Gesundheit, der Verhütung von Krankheiten, der Therapie und Pflege von Kranken und um die klinische Forschung geht, Dazu empfiehlt sich sowohl auf institutioneller Ebene als auch mit Blick auf die individuelle Lage von Betroffenen das Modell der «delegierten Mitbestimmung».

2. Mit Bildung, Forschung und Kultur die Zukunft gestalten

a. Mehr und bessere Bildung für alle

Bildung ist ein hoher Wert, das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung trägt zur Emanzipation des Menschen bei, verhilft ihm zur Teilhabe am kulturellen Leben und bildet eine Voraussetzung für die aktive Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Demokratie. Bildung ist deshalb für alle grundlegend, die zur Errichtung einer gerechten Gesellschaft und zur Demokratisierung der Wirtschaft beitragen wollen. Demokratische und kritische Bildung ermöglicht dem Menschen, sich, seine Lage und die Welt zu verstehen und zu beurteilen sowie seine Freiheit im vollen Besitz seiner Möglichkeiten wahrzunehmen. Diese emanzipative Rolle der Bildung ist für uns fundamental.

Bildung geniesst auch in der vorsorgenden Sozialpolitik eine herausragende Stellung. Bildung ist eines der wichtigsten sozialpolitischen Instrumente. In der wissensbasierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts gehören Bildungsarmut und fehlender Zugang zu Wissen zu den zentralen sozialen Risiken. Wir wollen, dass alle – auch Bildungsferne, Bildungsschwache und Bildungsbenachteiligte – in ihren Bildungsanstrengungen gezielt gefördert und unterstützt werden. Damit trägt Bildung auch zur Emanzipation von sozialen Fesseln bei. Besser gebildete Menschen sind weniger von Krankheit betroffen. Sie werden schneller und dauerhafter in den Arbeitsmarkt integriert. Sie haben höhere Wahlmöglichkeiten in der beruflichen Laufbahn und bessere Entfaltungs- und Entwicklungschancen am Arbeitsplatz. Entsprechend hoch ist die Erwerbsbeteiligung gut Gebildeter, entsprechend niedrig ist ihr Risiko der Arbeitslosigkeit.

Die Schweiz gehört zu den Wissensgesellschaften. Die Menge des verfügbaren und eingesetzten Wissens nimmt ebenso rasch zu, wie es schnell altert.

Der Zugang zu diesem Wissen, seine Verteilung, der Umgang damit und die Kontrolle darüber sind für die gesamte Gesellschaft und somit auch für die Politik zu einem Schlüsselfaktor geworden. Die Position des einzelnen Menschen und sein Potenzial an Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten definieren sich wesentlich durch seine Bildung – seine Schulbildung, seine berufliche Ausbildung, seine lebenslange Weiterbildung, seine Allgemeinbildung.

Bildung ist der 'Rohstoff' der Schweiz. Sie hat seit langem ein leistungsfähiges und vielfältiges Bildungssystem und daher eine vergleichsweise gut ausgebildete Bevölkerung. Das schweizerische Bildungswesen hat in den letzten zwei Jahrzehnten einige markante Veränderungen erfahren, die wir als Fortschritte werten: die grössere Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen; die Aufwertung des Zweigs Berufsbildung durch die Einführung von Berufsmatur und Fachhochschulen; die Gleichstellung der Geschlechter, vor allem auch bei den Studierenden an den Universitäten; die bessere internationale Verknüpfung der nationalen Bildungssysteme in Europa.

Weitere Reformen sind unumgänglich. Für uns ist die Breite und Integrationskraft der Bildung entscheidend. Alle sollen entsprechend ihren Fähigkeiten in den Genuss von Bildung gelangen können.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Bildungsanstrengungen müssen in der Schweiz auf allen Stufen massiv verstärkt und mit deutlich mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Für die SP ist Bildung Teil des Service public. Alle sollen ein Leben lang freien Zugang zu Bildung erhalten. Die Durchlässigkeit muss auf allen Stufen gewährleistet sein. Wir lehnen die Ökonomisierung der Bildung ab und beharren auf ihrer emanzipativen Aufgabe und auf der grundlegenden Bedeutung von «zweckfreier» Allgemeinbildung für unsere Kultur.
2. Schichtspezifische Hindernisse, die der Chancengleichheit im Bildungswesen entgegenstehen, sind zu beseitigen. Es braucht familienergänzende Kinderbetreuung, vorschulische und schulbegleitende Angebote, Ganztageschulen, ein integratives Schulsystem, den Ausbau des Stipendienwesens, ein Recht auf Berufslehre und ein Recht auf Berufsbildung für Erwachsene mit wenig Vorbildung sowie ein Recht auf lebenslanges Lernen für alle.
3. Die SP setzt sich für einen Bildungsraum Schweiz ein. In der Schweiz bestehen im Prinzip immer noch 26 kantonale Bildungssysteme, die zum Teil erheblich voneinander abweichen. Die SP hält diesen «Kantönligeist» für anachronistisch und plädiert für tiefgreifende Koordinations- und Harmonisierungsvorhaben.

4. Das duale Berufsbildungssystem bedeutet für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ein Schlüsselement. Dafür entscheidend ist ein ausreichend grosses Lehrstellenangebot. Daran müssen sich auch jene internationalen Konzerne und Wirtschaftssektoren beteiligen, die bisher keine Berufsbildungstradition aufweisen. Der Zugang zu Weiterbildung und höherer Berufsbildung muss mit Stipendien, Beiträgen der Sozialversicherungen, Freistellungen am Arbeitsplatz und erleichterter Validierung von Bildungsleistung und Berufserfahrung verbreitert werden – auch für Teilzeitbeschäftigte.
5. Die Menschen sollen von der äusserst dynamischen Entwicklung im Bereich Wissenschaft/Technologie nicht überrollt werden, sondern mit ihr mithalten können. Das geht nur mit einem Bildungssystem, das die Erstausbildung mit lebenslanger Weiterbildung verknüpft.
6. Die Anstrengungen zur Förderung einer international hoch vernetzten und ethisch fundierten Wissenschaft und Forschung sind weiter zu intensivieren. Die Freiheit von Forschung und Lehre geht den Ansprüchen der Wirtschaft vor. Humanwissenschaften, Kunst und Kultur sind Teil der Wissensgesellschaft und gleichbedeutend zu fördern wie die technischen Wissenschaften. Die grossen wissenschaftlichen Herausforderungen bedürfen der kritischen Diskussion und politischen Akzeptanz durch informierte Bürger und Bürgerinnen.
7. Die Ansprüche an jene, die einen pädagogischen Beruf ausüben, sind erheblich gestiegen. Die Attraktivität und gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufe darf nicht weiter sinken. Im Gegenteil ist die Aufwertung des Lehrberufs auf allen Stufen einschliesslich der Volksschule ganz allgemein zentral.

b. Zukunftstechnologien im Dienste der Menschen fördern

Die stärksten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsimpulse gehen seit längerem von den Wissenschaften und der Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse in neue Technologien aus. In den letzten 20 Jahren waren es in erster Linie die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). In Zukunft werden die Biotechnologien und die Nanotechnologie an ihre Seite treten. Die Dynamik und der Wandel, die sie auslösten und noch auslösen, waren und sind ebenso umfassend wie tiefgreifend, das Tempo hoch.

Innovation und Forschung bilden eine wichtige Grundlage für den Fortschritt und den Wohlstand in der Schweiz. Ihnen kommt auch in dem von uns geforderten sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Zukunftstechnologien generieren neue Geräte, neue Methoden, neue Fabriken,

neue Wirtschaftszweige und schaffen Arbeitsplätze, welche neues Wissen und neue Qualifikationen erfordern. Der Staat ist gefordert, in die Bildung und Weiterbildung zu investieren und zu gewährleisten, dass die technologischen Innovationen und die in Wirtschaft und Gesellschaft ausgelösten tiefgreifenden Veränderungen sozial und ökologisch verträglich sind und allen zugutekommen.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Schweiz hat im Bereich Wissenschaft/Technologie hervorragende Hochschulen, führende Unternehmen und einen Spitzenplatz bei den Zukunftstechnologien «Nano» und «Bio». Angesichts ihres wirtschaftlichen Potenzials ist es wichtig, diese Position zu halten und weiterzuentwickeln. Dabei ist die Wahrnehmung der Eigenverantwortung unverzichtbar. Dies setzt Strukturen voraus, so dass Forscher und Forscherinnen frühzeitig Risiken erkennen, ethische Herausforderungen ernst nehmen und sozial- und umweltverträgliche Lösungen erarbeiten.
2. Wer technologisch an der Spitze steht, muss auch bei der Risikofolgen-Abschätzung eine führende Rolle spielen. Es ist eine wichtige Aufgabe der direkt Beteiligten und der Politik, das Schadenspotenzial neuer Technologien zu erkennen und die schadensverhindernden Massnahmen zum Schutz der Menschenwürde und der Nachhaltigkeit zu treffen. Die Akteure müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und die Forschung und technologischen Innovationen auf deren Ethik-Verträglichkeit, Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit kritisch prüfen und ihnen allenfalls Grenzen setzen.
3. Die Spitzenforschung und ihre wirtschaftliche Verwertung vertiefen die Gräben zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt. Die Schweiz muss sich für Massnahmen einsetzen, die solche Effekte kompensieren.
4. Der Schutz des geistigen Eigentums und die Patentierungsfähigkeit immer weiterer Gebiete des kulturellen, wissenschaftlichen oder gar biologischen Lebens müssen begrenzt werden. Privaten Nutzungsansprüchen steht der Anspruch der Gesellschaft auf freien Zugang zu Wissen und Kultur und gegen schädliche Monopolbildungen gegenüber. Patente dürfen im globalisierten Wettbewerb nicht zweckentfremdet werden, um Innovationen zu blockieren, statt sie zu erleichtern, und die Nutzung zugunsten des Gemeinwohls auszuschliessen, statt diesem zu dienen. Patente dürfen in keinem Fall den Zugang zur Gesundheitsversorgung, zur Ernährung und zu anderen existenziellen Leistungen einschränken. Lebewesen (Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen) und Stoffe, die Lebewesen produzieren, dürfen nicht patentiert werden.

5. Durch Steuergelder finanzierte Forschungsergebnisse müssen öffentlich und unentgeltlich verfügbar sein. Werden sie kommerzialisiert, ist der Staat angemessen am Gewinn zu beteiligen.
6. Die Beteiligung der Frauen an naturwissenschaftlicher Forschung und technischer Entwicklung ist noch viel zu gering. Das führt zur Vernachlässigung grosser wissenschaftlicher Potenziale.

c. Die Kultur im digitalen Zeitalter fördern

Kultur und Kunst spielen eine zentrale Rolle bei der Fähigkeit von Gesellschaften, sich zu orientieren, neue Entwicklungen vorwegzunehmen und neue Ordnungen und Lebensentwürfe mitzugestalten. Die Sozialdemokratie setzt sich für ein vielfältiges und lebendiges Kulturschaffen ein und will zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt des Landes Sorge tragen. Kern bildet die Kunstfreiheit. Sie darf, ausser in strafrechtlich relevanten Belangen, nicht eingeschränkt werden.

Heute stellen wir allerdings fest, dass Kunst und Kultur unter den Bedingungen globalisierter Märkte einem massiven Kommerzialisierungsdruck ausgesetzt sind. Digitalisierung und elektronische Vernetzung globalisieren das Wissen und die künstlerischen Erzeugnisse. Der Zugang zu ihnen weitet sich massiv aus und unterliegt gleichzeitig neuen Beschränkungen der Marktwirtschaft und des Überwachungsstaates.

Dafür steht die SP ein:

1. Die innere Stärke einer Gesellschaft beruht auf dem menschlichen Reichtum der Individuen, die ihr angehören. Geistes- und Sozialwissenschaften, Kunst und Kultur müssen als integraler Bestandteil der Wissensgesellschaft anerkannt und gefördert werden, weil sie deren Beitrag zum Gemeinwohl sicherstellen.
2. Bildung muss mehr sein als die Vermittlung von Kenntnissen. Die heutige Wissensgesellschaft ist mehr denn je auf urteilsfähige und verantwortungsbewusste Bürger und Bürgerinnen angewiesen, die an einem reichen und vielschichtigen kulturellen Leben teilhaben und mitwirken.
3. Das Leben in der Gesellschaft erfordert gegenseitiges Verständnis. Behörden und Gesellschaft müssen ihr Möglichstes tun, um das Analphabetentum zu beseitigen, das tatsächliche Beherrschen der Sprachen und die Mehrsprachigkeit sowie den sprachlichen und kulturellen Austausch zu fördern. Die sprachlichen und kulturellen Minderheiten verdienen Respekt und Unterstützung.

4. Die SP setzt sich für eine Informationsgesellschaft ein, die auf dem Recht des Einzelnen beruht, grundsätzlich selbst über die Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen, die Privatsphäre wahrt und den freien Zugang zu Wissen und Kultur sicherstellt. Der Staat soll die Produzenten rechtswidriger Inhalte verfolgen, deren Verbreitung unterbinden, aber nicht den Konsum kriminalisieren. Die Netzneutralität, d.h. die gleich zu behandelnde Übertragung aller Datenpakete durch die Internet-Zugangsanbieter, ist von hoher Wichtigkeit für die Meinungs- und Wirtschaftsfreiheit im Internet.
5. Medien gestalten den Alltag von uns allen massgeblich mit. Ihre Reichweite hat sich im digitalen Zeitalter vervielfacht. Die politische Öffentlichkeit, der für das Gelingen der Demokratie entscheidende Bedeutung zukommt, unterliegt tiefgreifenden Veränderungen.
 - Die SP will die Unabhängigkeit der politischen Medien, die Meinungsvielfalt und die Pressefreiheit stärken und die Einflussnahme kapitalkräftiger Einflüsterer auf redaktionelle Inhalte unterbinden. Die SP befürwortet eine gezielte Förderung der abonnierten Presse unter Einbezug von Mitgliederzeitungen mit Bundesmitteln, damit in den Redaktionen gut ausgebildetes Personal für die Steigerung der Qualität sorgen kann.
 - Die öffentlich-rechtlichen Medien sind Teil des Service public und müssen für alle Menschen in allen Landesteilen zum gleichen Preis zugänglich sein. Der Staat hat die Unabhängigkeit dieser Medien und ihre hohe Qualität sicherzustellen. Sie sind über Gebühren ausreichend zu finanzieren.
 - Die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler muss ab der Volksschule gefördert werden.
6. Die öffentliche Hand und das Bildungssystem sollen offene IT-Systeme unterstützen und Abhängigkeiten von proprietären, durch Eigentumsrechte beschränkten Systemen abbauen.
7. Unser kulturelles Erbe muss allen zugänglich gemacht und der Missbrauch des Urheberrechts unterbunden werden. Das Urheberrecht darf nicht als Vorwand dienen, die Weiterverbreitung von kulturellen Erzeugnissen zu erschweren und zu kommerzialisieren. Kopien zu teilen oder Werke für gemeinnützige Zwecke zu verbreiten und zu nutzen, darf niemals illegal sein, da ein fairer Gebrauch der ganzen Gesellschaft zugutekommt.
8. Die SP unterstützt den Anspruch von Kulturschaffenden auf einen anerkannten Status in unserer Gesellschaft, auf faire Entlohnung sowie auf Schutz der Gesundheit und auf soziale Sicherheit.

3. Die Demokratie und den Rechtsstaat stärken

a. Die Demokratie weiter entwickeln

Der demokratisch verfasste Staat gehört für die SP zu den unverzichtbaren und zentral wichtigen Bestandteilen einer guten Gesellschaft. Wir halten die direkte Demokratie für die der Schweiz angemessene Herrschaftsform. Wir verteidigen sie gegenüber jenen, die sie als ineffizient, zu langsam oder gar zukunftsuntauglich bezeichnen. Die direkte Demokratie ist der ausschliesslich parlamentarischen überlegen, weil der Souverän seine Macht nicht nur durch die Wahl des Parlaments, sondern auch in Form von Sachentscheiden ausüben kann.

Allerdings bedarf auch die direkte Demokratie der Demokratisierung, soll sie nicht zu einer Domäne des Kapitals und der von ihm gut ausgestatteten Organisationen werden. Die SP fordert eine öffentliche Parteienfinanzierung, mehr Transparenz und eine demokratiegerechte Gestaltung der Öffentlichkeit. Damit sich die Demokratie lebendig entfalten kann, müssen alle – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten – gleichen Zugang zur Öffentlichkeit haben.

So wichtig die demokratische Staatsform für uns ist, so wichtig ist es andererseits, ihre Grenzen zu benennen, denn auch eine Mehrheit darf nicht alles. Demokratie findet ihre Grenzen im übergeordneten Recht, das ja seinerseits demokratisch legitimiert ist, also in den Grund- und Menschenrechten sowie im Völkerrecht. Ohne solche Schranken kann die Demokratie untergraben werden und zu einem Willkürstaat gegen Minderheiten verkommen.

Das Prinzip Demokratie muss in der ganzen Gesellschaft wegweisend werden und auch in den zivilgesellschaftlichen Organisationen (Verbände, Religionsgemeinschaften, Vereinen, Parteien) Anwendung finden, in angemessener Weise auch in den Schulen, wo Demokratie gelernt und eingeübt werden soll.

Die Dynamik der Globalisierung führt zu einem ständigen Bedeutungszuwachs der internationalen Organisationen. Diese sind in der Regel auf der exekutiven Ebene angesiedelt und somit demokratisch eher schwach abgestützt. Die wichtigsten Institutionen dieser Art (UNO, WTO, IWF/Weltbank, ILO) werden in Zukunft vermehrt bisher nationalstaatliche Kompetenzen übertragen bekommen. Wenn aber diese Kompetenzen aus dem demokratisch besser begründeten Souveränitätsbereich der Nationalstaaten zu den internationalen Institutionen wechseln, dann ergibt sich ein Demokratisierungsbedarf.

Die Sozialdemokratie hat sich nie mit der Demokratisierung der Staatsmacht zufrieden gegeben, sondern sich seit ihrer Gründung auch für die Demokratisierung der Wirtschaftsmacht eingesetzt (siehe Kap. III.1). Wirtschaftsdemokratie ist auch deshalb so wichtig, weil Grossunternehmen und Konzerne ge-

sellschaftliche Machtfaktoren sind. Internationale Konzerne entziehen sich einerseits zunehmend nationalstaatlichen Regulierungen, üben andererseits mit ihrer «Drohmacht» (Wegzug von Arbeitsplätzen und Steuern) Druck auf die Staaten aus und unterlaufen so deren demokratische Gesetzgebung.

Dafür steht die SP ein:

1. Eine Demokratie, in der die Parteien finanziell von privaten Zuwendungen abhängig sind, wird zu einer Demokratie der Wirtschaftsverbände und anderer kapitalkräftiger Interessengruppen. Die SP will starke Parteien und setzt sich für die staatliche Parteienfinanzierung ein – auch weil die Anforderungen an die Politik gestiegen sind. Zur Sicherstellung der demokratischen Auseinandersetzung fordert die SP ein Gesetz, das eine Obergrenze für die Finanzierung von Parteien und politischen Kampagnen einführt und deren Transparenz gewährleistet. Auch die Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft muss abgebaut werden.
2. Die direktdemokratischen Instrumente müssen verfeinert werden. Es braucht ein Initiativrecht auf Gesetzesstufe, damit sich die Verfassung nicht in Einzelheiten verliert. Es braucht ein konstruktives Referendum, um Gesetze nicht nur ablehnen, sondern auch verbessern zu können. Und es braucht eine neue Form der Volksinitiative, damit das Volk dem Bundesrat auch in der Aussenpolitik konkrete Handlungsaufträge erteilen kann.
3. Wir wollen niedergelassenen Eingewanderten das Stimm- und Wahlrecht gewähren und Menschen, die seit längerem in der Schweiz leben oder hier geboren sind, erleichtert einbürgern. Zudem soll das Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre gesenkt werden. Alle Bevölkerungsgruppen müssen angemessen in den politischen Institutionen vertreten sein, darum soll das Proporz-Wahlrecht überall gelten.
4. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen halten sich immer weniger an überkommene Grenzen. Die Kantone und Gemeinden reagieren mit interkantonalen und interkommunalen Körperschaften (Zweckverbände, Konkordate). Diese Körperschaften sind weitgehend auf der exekutiven Ebene angesiedelt. Ihr Demokratiedefizit muss beseitigt werden.
5. Der Demokratisierungsbedarf der internationalen Institutionen muss eingelöst werden durch ihre eigene Parlamentarisierung und durch den Einbezug der nationalen Parlamente in ihre strategischen Entscheidungen.

b. Rechtsstaatlichkeit stärken und Föderalismus erneuern

Der demokratische Rechtsstaat ist für die SP nicht der einzige, aber der wichtigste Akteur bei der Gestaltung von möglichst viel Lebensqualität für möglichst viele Menschen. Sein Handeln ist im Willen des Volkes verankert. Dieser

ist in Verfassung und Gesetzen niedergelegt. Er ist das Ergebnis von Wahlen und Abstimmungen. Er ist der Boden, auf dem die gewählten und die angestellten Vertreterinnen und Vertreter des Staates handeln.

Die SP hält die Gewaltenteilung für eine zentrale historische Errungenschaft und verteidigt sie uneingeschränkt. Auch demokratische Verfahren und Entschiede müssen sich an den Rahmen halten, den die Menschenrechte und der Rechtsstaat setzen. Die Unabhängigkeit der Judikative muss gestärkt werden.

Die SP setzt auf die Stärke des Rechts gegenüber dem Recht des Stärkeren. Die Verankerung einklagbarer Freiheitsrechte und sozialer Grundrechte in der Verfassung und im internationalen Recht sind von allergrösster Bedeutung für die Freiheit der Menschen, sich so zu betätigen und zu entfalten, wie es ihren Überzeugungen, Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Der Rechtsstaat schützt die Menschen vor staatlicher Willkür und garantiert ihnen die Möglichkeit, die eigenen legitimen Interessen gegenüber Dritten zu verteidigen.

Die SP ist für föderalistische Staatsstrukturen, weil sie zur Machtteilung und zur Bürger- und Bürgerinnennähe beitragen. Die Gliederung des Staates in drei Ebenen halten wir für zweckmässig und zukunftstauglich, in der konkret vorhandenen Ausprägung aber für reformbedürftig. Zudem muss sie um eine vierte Ebene, die europäische, ergänzt werden.

Dafür steht die SP ein:

1. Der Föderalismus ist reformbedürftig. Das gilt in erster Linie für das aus dem 19. Jahrhundert stammende strukturelle Übergewicht der kleinen Kantone. Sie haben parlamentarisch mit der Sitzverteilung für den Ständerat und direktdemokratisch mit dem Ständemehr ein Übermass an Einfluss, das der realen Bevölkerungsverteilung längst nicht mehr entspricht. Die SP tritt für eine Anpassung des Föderalismus an die reale gesellschaftliche Entwicklung ein. Der regionale Ausgleich ist neu zu justieren, vor allem auch im Zusammenhang mit der Metropolenbildung.
2. Tiefgreifende Gebietsreformen sind auf allen Ebenen unumgänglich. Die seit der Gründung der Schweiz eingetretenen sozioökonomischen Entwicklungen stellen die föderalen Strukturen mit 26 Kantonen, viel zu kleinen Amtsbezirken und nahezu 3000 Gemeinden in Frage. Auf kommunaler und auf Bezirks-Ebene ist die Gebietsreform in Gang gekommen. Die SP begrüsst diesen Prozess und hält ihn auch auf kantonaler Ebene für unumgänglich. Langfristig soll die Anzahl Kantone stark reduziert werden, damit grössere und eigenständigere Einheiten als heute untereinander gleichwertig und mit neuer Vitalität ihre Aufgaben erfüllen können.

3. Die SP Schweiz schätzt und pflegt die unterschiedlichen Qualitäten von urbanen und ländlichen Lebensräumen. Mit Ihrer Politik unterstützt sie eine soziale Entwicklung, die ländliche wie urbane Lebensräume in ihrer Qualität stärkt. Die SP bekämpft die unkontrollierte Zersiedelung der Landschaft. Die Bevölkerung von Schweizer Städten ist auf Bundesebene unterrepräsentiert. Die SP setzt sich dafür ein, dass diese in Bundesbern angemessenes Gewicht bekommt.
4. Der Rechtsstaat muss durch die Einführung eines Verfassungsgerichts gestärkt werden. Dieses überprüft Entscheide der Regierung, des Parlamentes und des Volkes auf ihre Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht, namentlich mit den Grundrechten. Volksinitiativen sollen künftig nur gültig sein, wenn sie die grundlegenden Prinzipien des Verfassungs- und Völkerrechts respektieren.
5. Die Zeit des Fichenstaates darf nicht wiederkehren. Die Aufsicht über die geheimdienstliche Tätigkeit des Bundes muss rechtlich und praktisch gestärkt werden. Es braucht eine unabhängige, von der Bundesversammlung eingesetzte Staatsschutzstelle mit einem umfassenden Einsichtsrecht in die gesamte Tätigkeit des präventiven Staatsschutzes und eine periodische Berichterstattung an das Parlament. Die Ausübung politischer Grundrechte wie die Teilnahme an einer Demonstration oder deren Organisation sowie andere politische, juristische oder journalistische Tätigkeiten dürfen keine Fichierung durch den Staatsschutz nach sich ziehen.
6. Seit der Aufklärung bilden die Menschenrechte die Grundlage unserer Gesellschaft. Die SP setzt Irrationalismus und religiösem Fundamentalismus das Modell einer pluralistischen Gesellschaft im laizistischen Staat entgegen, das von der Würde und Freiheit des Individuums ausgeht und dieses zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Staat und öffentliches Bildungswesen sollen gegenüber allen Religionen strikte Neutralität wahren, auf Vorgaben zum «richtigen» Glauben verzichten und in öffentlichen Gebäuden und Schulen das Zurschaustellen religiöser Symbole unterbinden.

c. Für eine aktive Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik

Die gesellschaftliche Entwicklung der Schweiz ist seit 1848 durch mehrere zentrale Integrationsvorgänge geprägt, die ihrerseits das Resultat härtester sozialer Konflikte waren: als erstes durch die Integration der ländlich-agrarisch-katholischen Bevölkerung als Folge des Kulturkampfes; als zweites durch die Integration der Arbeiterschaft als Folge des Klassenkampfes; als drittes durch die Integration der Frauen als Folge des Geschlechterkampfes. Integration ist immer Ergebnis eines gegenseitigen Prozesses und bedeutet die Aufhebung oder zumindest massive Verminderung systematischer Benachteiligungen, be-

inhaltet aktive Toleranz und Zugeständnisse an bedeutende gesellschaftliche Gruppierungen, reduziert soziale Spannungen und fördert den nationalen Zusammenhalt.

Die SP spielte bei der Integration der Arbeiterschaft und der Frauen eine zentrale Rolle. Sie will heute nicht weniger zur Integration der Eingewanderten beitragen. Die SP bekämpft die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, weil jede derartige Marginalisierung Konflikte schürt statt löst und den sozialen Zusammenhalt lockert statt festigt. Integration ist nicht nur der Schlüsselbegriff für den sozialen Frieden, sondern auch für den nationalen und internationalen Zusammenhalt. Die Schweiz ist als Land mit einer sprachlich-kulturellen Mehrheit und immigrationsbedingt immer zahlreicheren sprachlich-kulturellen Minderheiten existenziell auf politische Kräfte angewiesen, die integrativ in diese Verhältnisse hineinwirken. Die SP zählt sich zu diesen Kräften.

Die Globalisierung nach neoliberalerem Muster vergrössert die Gruppe der unter prekären Verhältnissen arbeitenden und lebenden Menschen. Viele Jugendliche und LehrabgängerInnen finden keine Stelle oder werden sonst ausgegrenzt. Das erzeugt soziale Sprengkraft. Derartige Marginalisierungsvorgänge müssen erkannt und mittels einer aktiven Integrations- und Nicht-Diskriminierungspolitik bekämpft werden.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Schweiz ist seit hundert Jahren ein Einwanderungsland und wird eines bleiben. Die Integration der eingewanderten Menschen ist eine zentrale Daueraufgabe. Integration beinhaltet für die eingewanderten Menschen einerseits die Verpflichtung auf die Menschenrechte, die Grundwerte der demokratischen Rechtsordnung und das Erlernen einer Landessprache, andererseits das Recht auf Zugang zum Arbeitsmarkt unter würdigen Bedingungen und die gleichberechtigte Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten unter Wahrung der kulturellen Identitäten. Allen Niedergelassenen ist das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren, auch das Recht auf Einbürgerung, wenn sie seit längerem in der Schweiz leben oder hier geboren sind.
2. Die Pflege des Zusammenhalts zwischen den sprachlich und kulturell verschiedenen Landesteilen bleibt ebenfalls eine politische Daueraufgabe. Der politische Minderheitenschutz, das klare Bekenntnis zur viersprachigen Schweiz und der Service public sind geeignete Instrumente dafür.
3. Diskriminierungen aller Art müssen gesetzlich verboten werden. Darüber hinaus braucht es staatliche und nichtstaatliche Massnahmen und Projekte zur Förderung der Gleichbehandlung und gegen Fremdenhass, Ausgrenzung und Sündenbockdenken.

4. Die weltweite Migration bietet bedeutende Chancen und birgt bedeutende Risiken. Eine aktiv gestaltende Migrationspolitik ist deshalb unverzichtbar. Sie soll sich an der Würde der Menschen und einer einschliessenden Gesellschaftsordnung orientieren, das völkerrechtlich verankerte Flüchtlingsrecht stärken und dafür sorgen, dass Migration zur Emanzipation des Menschen, zur sozialen Entwicklung und zur Völkerverständigung beiträgt und Risiken wie Lohn- und Sozialdumping, Menschenhandel und eine ungerechte Verteilung der Bildungskosten zwischen den Staaten vermieden werden. Zudem setzt sich die SP für die kontrollierte Regularisierung des Aufenthaltsstatus von Menschen ein, die ohne gültige Papiere in der Schweiz leben ('Sans-papiers').

4. Für starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit

a. Die europäische Integration sozial und demokratisch voranbringen

Die Schweiz ist mit Europa äusserst eng verflochten. Sie ist Teil der nach dem Krieg entstandenen europäischen Wertegemeinschaft. Drei ihrer vier Landessprachen sind auch die Sprachen ihrer Nachbarstaaten. Sie ist mit diesen deshalb kulturell eng verbunden. Gegen 10 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer leben in anderen europäischen Ländern, und aus diesen stammen an die 20 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung. Die Schweiz hat einen ausserordentlich intensiven wirtschaftlichen Verkehr mit der Europäischen Union; er umfasst drei Viertel der gesamten Importe und Exporte von Waren und den grössten Anteil des ausser Landes investierten Kapitals. Wichtige transnationale Verkehrsachsen führen durch unser Land, das auch im Stromhandel europäisch wichtige und lukrative Dienstleistungen erbringt.

Die Abhängigkeit der Schweiz vom Wohlergehen Europas hat sich im Zuge der beschleunigten Globalisierung und der wachsenden gegenseitigen gesellschaftlichen Durchdringung verstärkt. Wären menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Europa ein Fremdwort, könnten wir diese bei uns kaum dauerhaft durchsetzen. Nur wenn der ökologische und soziale Umbau der Wirtschaft in Europa an die Hand genommen wird, bringen wir diesen auch in der Schweiz im erforderlichen Tempo voran. Zerfiele Europa – wie vor 1945 während Jahrhunderten – in rivalisierende Nationalstaaten, so bekämen auch wir ein wachsendes Kriegsrisiko und einen verschärften Standortwettbewerb zu spüren.

Der Ort, wo heute und in Zukunft europäische Politik gemacht wird, ist die Europäische Union. Die EU ist für ganz Europa wichtigster Bezugspunkt bei der Gestaltung globaler und europäischer Zukunftsfragen. Es ist die EU, welche die Bedingungen und das Umfeld strukturiert, das auch für unser Handeln

massgeblich ist. Die einzige realistische Frage lautet: wollen wir diesem Einfluss ausgesetzt sein, ohne mitzureden, oder wollen wir alles daran setzen, um auch unsere Werte, unsere Ziele und unsere Interessen dort geltend zu machen, wo die – auch für uns – wichtigen Entscheide gefällt werden. Denn demokratische und soziale Reformen fallen auch in Europa nicht vom Himmel. Die SP Schweiz will zusammen mit ihren wichtigsten Partnern, der europäischen Sozialdemokratie und der europäischen Zivilgesellschaft, für diese Ziele kämpfen. Für uns ist klar: Wir brauchen eine neue, gemeinsame Strategie für einen europäischen Wandel. Unsere Bewegung muss die Grenzen der Nationalstaaten sprengen und die Fessel des Standortwettbewerbes überwinden.

Gewiss: Die zahlreichen bilateralen Verträge, welche die Schweiz mit der EU abgeschlossen hat, vereinfachen unser Leben in vielen Bereichen und verhelfen der Schweiz zu mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Es zeichnet sich aber immer klarer ab, dass der bilaterale Weg steiler und steiniger wird. Die Aushandlung neuer bilateralen Verträge stockt, der Problemstau wächst, der Handlungsdruck nimmt zu, der bilaterale Weg mündet in der Sackgasse. Die Schweiz isoliert sich zunehmend, beteiligt sich nicht am Bau des Hauses Europa und wird von EU-Beschlüssen immer abhängiger. Die Übernahme europäischer Regelungen wird beschönigend «autonomer Nachvollzug» genannt, ist aber nichts anderes als ein schleichender Souveränitätsverlust. Souveränität heisst heute, seinen Einfluss dort geltend zu machen, wo die wichtigen Entscheide gefällt werden. Dieser Ort ist in Europa heute die EU.

Die Vorteile eines Beitritts der Schweiz zur EU überwiegen die Nachteile klar, sofern der Beitritt von einem Bündel innenpolitischer Reformen begleitet wird. So wie die Einführung der Personenfreizügigkeit untrennbar mit flankierenden Massnahmen zum Schutz schweizerischer Löhne und Arbeitsbedingungen verknüpft wurde, muss der Beitritt untrennbar mit flankierenden inneren Reformen verbunden werden, die für die Bevölkerung einen Fortschritt darstellen – beispielsweise die sozial begründete teilweise Rückerstattung der Mehreinkommen aus der Mehrwertsteuer an die Schweizer Bevölkerung.

Der schleichende politische Souveränitätsverlust der Schweiz kann nur durch den mit dem Beitritt verbundenen Souveränitätsgewinn als vollberechtigtes EU-Mitglied kompensiert werden. Nur als EU-Mitglied kann sich die Schweiz wirksam dafür einsetzen, dass soziale, ökologische und demokratische Defizite des europäischen Integrationsprozesses beseitigt werden und das europäische Friedensprojekt voranschreitet.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein. Dabei soll der vorhandene Spielraum für die soziale Ausgestaltung des Beitritts aktiv genutzt werden.

2. Der Beitritt der Schweiz zur EU muss mit innenpolitischen Reformen flankiert werden, damit die sozialen und ökologischen Vorteile des EU-Beitritts rasch und für alle spürbar die Lebensqualität erhöhen und mögliche Nachteile gar nicht erst eintreten, sondern durch wirksame flankierende Massnahmen neue Vorteile entstehen.
3. Das politische System mit seiner direkten Demokratie und seinem Föderalismus soll in der Substanz bewahrt und gleichzeitig so reformiert werden, dass es der Schweiz möglich wird, die EU mitzuregieren.
4. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass der Integrationsprozess in Europa weiter voranschreitet, die EU zu einer umfassenden Sozial- und Wirtschaftsunion ausgebaut und weiter demokratisiert wird, und dass die EU den Service public nach den Bedürfnissen der Menschen erhält und vertieft. Auch dies setzt den Beitritt zur EU voraus.

b. Weltweit die soziale, ökologische und demokratische Entwicklung fördern

Die Schweiz muss als bedeutende Nutzniesserin der Globalisierung ihre Verantwortung wahrnehmen und auf internationaler Ebene fünf zentrale Handlungsfelder bearbeiten: gute Regierungsführung, fairer Waren- und Kapitalverkehr, Entwicklung, Klimaschutz und Regulierung der Finanzmärkte.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Schweiz muss weltweit die gute Regierungsführung und Demokratisierung fördern. Ein wohl geordneter Staat ist Voraussetzung für sozialen und ökologischen Fortschritt. Die Korruption muss weltweit entschieden bekämpft, die demokratische Partizipation auf allen Stufen erhöht und das staatliche Gewaltmonopol gegenüber Warlords und privaten Sicherheitsfirmen durchgesetzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, einen starken Multilateralismus und ein Völkerrecht, das die Straflosigkeit von verbrecherischem staatlichem Handeln ausschliesst.
2. Die Schweiz muss den Übergang vom freien zum fairen Handel voranbringen. Der Austausch von Waren, Kapital und Dienstleistungen bedarf rechtlich und tatsächlich der Einhaltung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Standards. Der faire Handel muss zum Standard der Handelsbeziehungen werden. Dies erfordert eine starke Stellung der Internationalen Arbeitsorganisation IAO im UNO-System. Die SP will diese tripartite Institution verteidigen sowie die Übernahme ihrer Übereinkommen und deren Umsetzung ins nationale Sozial- und Arbeitsrecht voranbringen. Die Schweiz soll für die Verankerung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards in multi- und bilateralen Wirtschaftsabkommen eintre-

ten und aktiv gegen die Steuerflucht – namentlich auch aus Entwicklungsländern – vorgehen. Multilaterale Regulierungen müssen vor bilateralen Abkommen Vorrang haben.

3. Die Schweiz soll entsprechend ihrer starken Stellung in der Weltwirtschaft auch mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit quantitativ und qualitativ hochwertig zur Erreichung der UNO-Millenniums-Entwicklungsziele beitragen. Die öffentliche Entwicklungshilfe muss einen Anteil von 0,7 Prozent vom Bruttonationaleinkommen (BNE) übersteigen. Besonders wichtig sind Programme, die auf der wirtschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen.
4. Die SP will sich auch praktisch für die internationale Solidarität einsetzen. Sie ist Mit-Gründerin und Mit-Trägerin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks und unterstützt seine Projekte. Diese gründen auf der Strategie «menschenswürdige Arbeit gegen Armut». Das gleiche Ziel verfolgt mit anderen Mitteln der Solifonds, der den sozialen Befreiungskampf in Entwicklungsländern unterstützt; auch hier ist die SP Mit-Gründerin und Mit-Trägerin.
5. Die SP stellt die Forderung nach mehr öffentlicher Entwicklungshilfe und die praktische internationale Solidarität in den Zusammenhang mit Kolonialisierung, Versklavung und anti-schwarzem Rassismus, an denen auch die Schweiz beteiligt war. Solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit verjähren nie. Sie verpflichten in jedem Fall zur Aufarbeitung, zur Anerkennung des Unrechts und zur materiellen und moralischen Wiedergutmachung.
6. Die Schweiz muss sich an die Spitze jener Länder stellen, die den Kampf gegen die Erderwärmung am ehrgeizigsten aufnehmen und weltweit für den Übergang zu erneuerbaren Energien und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sorgen. Mit einer solchen Cleantech-Strategie verbinden sich gleichzeitig bedeutende ökonomische Chancen.
7. Die Schweiz soll gemeinsam mit der EU Initiativen ergreifen und unterstützen, um die internationalen Finanzmärkte wirksam zu regulieren und deren Transparenz und Eigenkapitalausstattung markant zu erhöhen. Eine wirksame Finanzmarktregulierung muss dafür sorgen, dass das Finanzmarktsystem im Dienst der Realwirtschaft steht und nicht umgekehrt. Eine umfassende Finanztransaktionssteuer soll die internationale Spekulation eindämmen und finanzielle Mittel für die soziale Entwicklung bereitstellen.

c. Für eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz

Die Globalisierung hat den Blick von der Staatenwelt auf die Menschen und ihre konkreten Rechte und Bedürfnisse ausgeweitet. Die strikte Trennung von Innen und Aussen passt nicht mehr in unsere Zeit. Die militärzentrierte, am nationalen Territorium orientierte Sicherheitspolitik ist überholt. Die menschliche Sicherheit ist wichtiger und die staatliche Sicherheit weniger wichtig geworden.

Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik geht vom Grundsatz aus, dass die Ursachen von Krieg und Gewalt nachhaltig beseitigt werden müssen. Innerstaatliche Gewalt und Bürgerkriege haben ihre Ursachen häufig im Kampf um begrenzte Ressourcen und in mangelhafter Demokratisierung. Klimawandel, Armut, zerfallende staatliche Strukturen, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Migrationsströme sind gleichermassen die Ursachen wie auch die Folgen der innerstaatlichen Gewalt. Eine solidarische Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz kann nur bedeuten, dass sie sich für einen Bruch dieser Gewaltspiralen und für den Aufbau rechts- und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen weltweit einsetzt.

Die Schweiz hat durch ihre Bedeutung und ihr Ansehen in der Welt die Verpflichtung, für globale Gerechtigkeit und für Friedens- und Versöhnungsprozesse in Kriegsregionen einzutreten. Den besten Schutz vor zahlreichen Risiken bieten eine gerechte soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie präventive Massnahmen durch Friedensförderung, Stärkung der Menschenrechte, Klimaschutz, Verzicht auf gefährliche Technologien, militärische Abrüstung, strenge Waffengesetze und medizinische Vorsorgeplanungen. Kommt es aber zu Völkermord oder verbreiten in zerfallenden Staaten vagabundierende Kriegsbanden Angst und Schrecken, so braucht es zusätzlich einen wirksamen militärischen Schutz durch den UNO-Sicherheitsrat. Es gibt ohne Sicherheit keine Entwicklung, so wenig es ohne Entwicklung dauerhafte Sicherheit geben kann.

Die Kriege auf dem Balkan haben gezeigt, dass Gewaltexzesse und Gewalttrisiken noch nicht der Vergangenheit angehören. Die Schauplätze liegen aber kaum mehr in Europa. Das ist der überragenden friedensstiftenden und friedensichernden Leistung der EU zu verdanken. Kommt es in anderen Teilen der Welt zu Krieg und Gewalt, heisst das nicht, dass sie uns nichts angehen und uns nicht betreffen. Die Schweiz ist aufgrund des sich verdichtenden Beziehungsnetzes gegenüber Ereignissen abhängiger und verletzlicher geworden, die sich an beliebigen Orten auf dem Erdball abspielen können. Deshalb ist es nicht allein eine moralische Pflicht, weltweit den Frieden zu fördern, die Menschenrechte zu stärken und für Sicherheit und Stabilität zu sorgen; vielmehr liegt diese Aufgabe auch im ureigensten Sicherheitsinteresse der Schweiz selbst. In Übereinstimmung mit ihren Grundwerten der Solidarität und des Friedens setzt sich die SP weltweit für Gewaltabbau und Zusammenarbeit der Völker ein.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP setzt sich für eine aktive, friedensorientierte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Aussenpolitik ein. Auch die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz muss sich diesen Zielen unterordnen.

2. Die weltweiten Rüstungsarsenale stellen für die Menschheit nach wie vor eine existenzielle Bedrohung dar. Deshalb will die SP, dass sich die Schweiz noch stärker als bisher für Rüstungskontrolle und Abrüstung einsetzt. Ziel bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Diese setzt einseitige Abrüstungsschritte zur Vertrauensbildung und ein internationales Engagement der Schweiz für gewaltfreie Konfliktlösungen voraus.
3. Schweizer Unternehmen sollen mit Diktaturen und Unrechtsregimen keine kriegsfördernden Geschäfte betreiben und Waffenexporte unterlassen.
4. Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Die Menschenrechte sind der Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und sollen jedem Individuum voraussetzungslos zustehen. So steht es in der UNO-Charta und in vielen nationalen Verfassungen. Die Realität sieht leider allzu oft anders aus. Die Schweiz muss mit allen Mitteln für die Durchsetzung der Menschenrechte überall auf der Welt eintreten, die UNO-Pakte von 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte stärken, endlich der europäischen Sozialcharta beitreten und den Internationalen Strafgerichtshof voranbringen. Die SP setzt sich auch für die innerstaatliche Umsetzung der Menschenrechte ein. Eine starke Menschenrechtsinstitution soll geschaffen werden, die alle Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit den Menschenrechten überprüft.
5. Die SP tritt für den Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems unter Führung der UNO ein. Die Schweiz soll sich im Rahmen von UNO und OSZE aktiv für die Bildung einer Staatengruppe für kollektive Sicherheit einsetzen. Dies ist für uns auch die wirksamste Massnahme gegen allfällige Gelüste, die Schweiz längerfristig einem Militärbündnis anzuschliessen – denn eine ‚autonome Landesverteidigung‘ ist schon lange eine Illusion. Ziel ist die Abschaffung der Armeen und deren Ersatz durch internationale Truppen zur Friedenserhaltung im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems unter Führung der UNO.
6. Die SP steht daher für die Abschaffung der Schweizer Armee ein.
7. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden und vorab zum Schutz der Zivilbevölkerung und der internationalen Friedensförderung beitragen. Truppeneinsätze zur Friedensförderung im Ausland sollen stets auf freiwilliger Basis organisiert werden. Der Ab- und Umbau der Armee muss sozialverträglich erfolgen und auf die Bedürfnisse von Randregionen Rücksicht nehmen, die heute in wirtschaftlicher Hinsicht von der Präsenz der Armee profitieren.
8. Die allgemeine Wehrpflicht ist überholt und führt zu einer personell massiv überdotierten Armee. Sie ist durch ein freiwilliges Rekrutierungssystem zu ersetzen. Rückgrat sollen Freiwillige werden, die nach einer militärischen

Grundausbildung hauptberuflich einen zivilen Beruf ausüben und nur bei Bedarf oder für Auffrischkurse einberufen werden (Freiwilligenmiliz).

9. Der Zivildienst erfüllt in unserer Gesellschaft wichtige Aufgaben. Er soll auch nach Sistierung oder Abschaffung der Wehrpflicht als freiwilliger Zivildienst fortgeführt werden.

d. Öffentliche Sicherheit für alle

Sicherheit ist auch innerhalb der Schweiz ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht zugleich. Öffentliche Sicherheit und Sicherheit im Alltag bilden eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben ein umfassendes Sicherheitsverständnis. Sicherheit hängt entscheidend davon ab, dass alle über Entwicklungsperspektiven verfügen und diese auch verwirklichen können. Zu einer umfassenden Politik der öffentlichen Sicherheit gehört aber auch die gezielte Bekämpfung von Gewalt, Unsicherheit und Kriminalität. So ist es dank dem Engagement der SP glücklicherweise selbstverständlich geworden, dass der Staat für die Sicherheit im innerhäuslichen Bereich Mitverantwortung trägt.

Die Sicherheit wird auch durch natürliche und technische Grossrisiken wie Umweltkatastrophen, Atomkraftwerke, unsere hoch verletzbare Netzwerk-Infrastruktur oder Pandemien herausgefordert. Diese neuartigen Bedrohungsformen halten sich ebenso wenig an die Landesgrenzen wie Menschenhandel, organisierte Kriminalität oder Terrorismus. Für die SP kommt deshalb der internationalen Sicherheitszusammenarbeit ein hoher Stellenwert zu.

Dafür steht die SP ein:

1. Eine die Ursachen von Risiken bekämpfende, vorsorgende Politik muss Vorrang vor repressiven Massnahmen haben; diese müssen das Verhältnismässigkeitsprinzip beachten und dem unverzichtbaren Schutz der persönlichen Freiheit Rechnung tragen.
2. Alle Menschen haben Anspruch auf Sicherheit. Sicherheit ist unteilbar. Mehr Sicherheit schaffen nicht vorab ausgrenzende, sondern integrierende Massnahmen.
3. Es braucht mehr Schutz vor Waffengewalt. Die Ordonnanzwaffe gehört nicht in private Haushalte, sondern in gesicherte Räume der Armee. Der Besitz von Waffen soll an einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis geknüpft und durch ein zentrales Waffenregister dokumentiert werden.
4. Im Innern gewährleisten die kantonalen und kommunalen Polizeikorps die Sicherheit und Ordnung. Sie sollen vermehrt Frauen sowie Eingewanderte aufnehmen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen sie ausreichend finan-

zielle Mittel. Die Übertragung hoheitlicher Polizeiaufgaben an private Sicherheitsdienste oder die Armee muss ausgeschlossen werden. Das gilt auch für den öffentlichen Verkehr. Die Sicherheitsaufgaben im öffentlichen Verkehr dürfen nur gut ausgebildeten und vereidigten Polizisten obliegen, die eng mit den Kantonspolizeien zusammenarbeiten.

5. Die Katastrophenvorsorge und -bewältigung muss umfassend modernisiert und die Prävention gegenüber der Nachsorge gestärkt werden. Der an veralteten Kriegsszenarien ausgerichtete Zivilschutz hat sich überlebt; die Zivilschutzdienstpflicht und die Schutzraumbaupflicht sind unnötig und ineffizient. Es braucht einen modernisierten Bevölkerungsschutz, der in enger Kooperation mit den Blaulichtorganisationen ein qualitativ hohes Ausbildungsniveau sicherstellt und in Grossregionen zusammengefasst wird.

5. Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen

a. Für soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft

In der von der SP angestrebten neuen Wirtschaftsordnung, die im Dienste der Menschen steht, statt die Menschen zu unterwerfen und auszubeuten, hat auch der Markt eine Aufgabe zu erfüllen. Denn die Marktwirtschaft hat verschiedene Gesichter. Der Manchesterliberalismus, der im Zuge der industriellen Revolution gegen die alte Ordnung durchgesetzt wurde, hat wenig gemeinsam mit jener Marktwirtschaft, die dank dem Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in feste Leitplanken zugunsten der Arbeitnehmenden und der Konsumierenden gefasst wird. Ein wirksam regulierter Markt stellt ein unverzichtbares Ordnungsprinzip jeder produktiven, effizienten und innovativen Wirtschaft dar.

Der Markt ist zwar ökonomisch effizient, wäre aber ohne Leitplanken ökologisch und sozial blind. Sofern die Leitplanken richtig gesetzt sind, bildet er die beste Methode zur Regulierung von Angebot und Nachfrage und zur Preisbildung. Damit der Markt seine Qualitäten ausspielen kann, muss allerdings der Wettbewerb am richtigen Ort spielen können. Er darf nicht durch die Konzentration der Marktmacht in den Händen weniger sowie durch fehlende Transparenz, schädliche privatwirtschaftliche Monopole oder Kartellbildung unterlaufen werden.

Wird der Markt nicht reguliert, geraten die Preise für die Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen unter Druck. Entfesselte Marktkräfte zerstören Gesellschaft und Umwelt und schaden der Demokratie. Sehr viele Menschen auf dieser Welt können ihre Grundbedürfnisse nach Ernährung, Gesundheit, Wohnen und Bildung nicht befriedigen, weil sie kein Geld haben, um sich die-

se Güter zu kaufen. Auch in unserer eigenen Gesellschaft fehlt es vielen Menschen am nötigen Geld, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Zum Markt gehört zwingend eine Marktordnung, denn er ist nicht Selbstzweck. Die SP kämpft gegen eine neoliberale Marktideologie, die alle Lebensbereiche dem Prinzip der schrankenlosen Konkurrenz unterwerfen will. Die SP steht für eine Marktordnung, die vielmehr die Mängel des Marktes korrigiert und seine Dynamik in eine soziale und ökologische Richtung lenkt.

Der wichtigste Markt ist der Arbeitsmarkt. Er bedeutete historisch gesehen einen grossen Freiheitsgewinn für die Arbeiterklasse und mündete trotzdem in ihre krasseste Ausbeutung, weil ihm zunächst niemand humane Ziele vorgab. Es bleibt die historische Leistung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, mit der Durchsetzung von Gesamtarbeitsverträgen und sozialstaatlichen Gesetzgebungen dem freien, unregulierten Arbeitsmarkt Lohngerechtigkeit und Lebensqualität für die Lohnabhängigen abgerungen zu haben – und es bleibt ihr historischer Auftrag, die Humanisierung der Arbeitswelt weiter voranzubringen.

Wir wollen den Markt weder schlechtreden noch verharmlosen. Wir wollen seine Qualitäten nutzen und seine Schwächen korrigieren. Der Markt ist ein Werkzeug unter anderen, das, richtig eingesetzt, effizient Ressourcen zuteilen und Güter verteilen kann. Wir sehen ihn als Wirtschaftsmotor im Dienst einer freiheitlichen und gerechten Gesellschaft. Die Politik muss die Märkte steuern, ihnen Leitplanken setzen und Ziele vorgeben, ihre zerstörerischen Kräfte bändigen und sie umlenken in Bahnen, die den Menschen Lebensqualität und der Natur Schutz bieten.

Die SP engagiert sich in diesem Sinne für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, die zur Wirtschaftsdemokratie beiträgt und in diese integriert ist.

Dafür steht die SP ein:

1. Die SP setzt sich für global tätige und demokratisch legitimierte Institutionen mit wirksamen Kompetenzen zur Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung ein, damit nicht nur die Märkte globalisiert werden, sondern auch die Gerechtigkeit und die Nachhaltigkeit.
2. Eine Demokratisierung des Marktes mit sozialen und ökologischen Zielen soll allen ermöglichen, unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben und die natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Nur wenn diese sozialen und ökologischen Standards gesetzlich gewährleistet sind, lässt sich die Lebensqualität aller verbessern. Dazu kann und soll die Stärkung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden und der Nachfragemacht der Konsumenten und Konsumentinnen beitragen.

3. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können die Grundlage des von uns angestrebten sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft bilden, weil ihre Grösse deren Demokratisierung erleichtert. Sie sind deshalb auch eher in der Lage, ihre soziale und ökologische Verantwortung wahrzunehmen.
4. Eine starke nationale und internationale Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte muss unter anderem dafür sorgen, dass die Eigenmittel der Banken massiv erhöht und im Ausserbilanzgeschäft und Derivategeschäft Transparenz hergestellt wird. Derivative Produkte dürfen nicht spekulativ eingesetzt werden. Es braucht eine Überwachung der Kapitalverkehrsströme, um namentlich Spekulationen gegen einzelne Staaten zu verhindern, sowie eine Finanztransaktionssteuer, die ebenfalls zur Stabilität des internationalen Finanzsystems beiträgt und in einem ersten Schritt schon auf regionaler Ebene eingeführt werden kann.
5. Solange Kapitaleigner und Management die alleinigen Entscheide fällen, sollen sie für eingegangene Risiken und Fehlverhalten auch die volle Verantwortung übernehmen und für eingetretene Schäden haften. Es darf nicht sein, dass einzelne Unternehmen aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung einfach darauf setzen können, notfalls von den Steuerzahlenden gerettet zu werden. Darum ist die Grösse eines Unternehmens zu begrenzen. Es braucht zudem Rückstellungen für die Belegschaft, die ihr im Konkursfall zur Verfügung stehen. Firmenübernahmen und Leerverkäufe dürfen nicht mit Bankkrediten erfolgen, sondern müssen vollumfänglich durch Eigenmittel gedeckt sein.
6. Landwirtschaftspolitik ist auch KonsumentInnen- und Umweltpolitik. Die SP setzt auf Qualität statt Billigproduktion, auf Nähe zum Konsum und auf nicht subventionierten Export in die europäische Nachbarschaft statt auf Agrarprotektionismus. Die Wertschöpfung des Agrarsektors soll in erster Linie durch eine konsequente Qualitätsstrategie erhöht werden. Demzufolge gilt es, Biolandbau und Regioproducte speziell zu fördern und das Moratorium für die kommerzielle Freisetzung von genveränderten Organismen (GVO) unbefristet aufrechtzuerhalten. Der VerbraucherInnenschutz muss gestärkt werden und durch eine umfassende Deklarationspflicht und Transparenz gewährleistet sein. Die Produktionskosten der Landwirte sollen bei rationell geführten Betrieben im Flachland durch den Produktpreis gedeckt werden können. Die Direktzahlungen gelten ökologische Mehrleistungen sowie Mehrkosten infolge ungünstiger Produktionsbedingungen ab. Auch auf internationaler Ebene setzt sich die SP für Ernährungssicherheit ein. Sie unterstützt in der UNO die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft, die lokale Märkte und urbane Zentren mit Nahrungsmitteln versorgt. Der Kauf und die Miete von grossen Flächen für den Agrarexport soll international reglementiert und auf dem Gebiet mangelhaft versorgter Län-

der untersagt werden. Die SP fordert, dass in der Welthandelsorganisation WTO soziale und ökologische Standards und faire Handelsregeln gelten. Überschuss- und Exportsubventionen sind zu verbieten.

7. Die Kantonalbanken und die Genossenschaftsbanken sollen bei der Unterstützung der lokalen Wirtschaft und dem sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen.
8. Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank muss nebst der Preisstabilität auch die konjunkturelle Entwicklung sowie im Interesse des Arbeitsplatzes den Wechselkurs gebührend berücksichtigen. Das Ziel ist eine Abkehr von der reinen Inflationsbekämpfung und eine pragmatische Abstimmung der Geldpolitik mit der übrigen Wirtschaftspolitik.

b. Für einen starken Service public

Die Wirtschaftsdemokratie verweist auf eine andere Ordnung als die kapitalistische Marktwirtschaft, wie wir sie heute kennen. Die Wirtschaftsdemokratie liegt in der Zukunft. Sie ist aber geerdet und hat schon Wurzeln geschlagen. Unternehmen des Service public sind entweder in gemeinschaftlichem Eigentum oder via Gesetze und Leistungsaufträge unter demokratischer Kontrolle.

Die Lebensqualität der Menschen hängt in hohem Mass von der Qualität und Verfügbarkeit der Grundversorgung ab. Der Service public trägt zur Chancengleichheit, zur sozialen Gerechtigkeit und zum nationalen Zusammenhalt bei. Er ist darüber hinaus von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn eine qualitativ hochstehende Infrastruktur ist – verbunden mit einer hohen Versorgungssicherheit – ein entscheidender Standortvorteil. Dem Service public kommen drei weitere, entscheidende Vorteile zu: Er wird demokratisch geregelt, solidarisch finanziert und hat Vorbildcharakter bezüglich Arbeitsbedingungen, Umweltverträglichkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

Dafür steht die SP ein:

1. Der Service public ist ins Visier der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik geraten. Das private Kapital wittert lukrative Geschäftsmöglichkeiten. Die SP wehrt sich gegen diese Demontage, die einen negativen Einfluss auf die Lebensqualität breiter Bevölkerungskreise hätte. Die Angebote des Service public müssen allen Menschen in allen Landesregionen zu gleichen Preisen und in guter Qualität zur Verfügung stehen. Die Aufrechterhaltung öffentlicher Monopole bildet im Bereich der Grundversorgung die beste Garantie für die Zukunft des Service public.
2. Der Service public steht auch international unter Druck: Die führenden Staaten in der Welthandelsorganisation WTO wollen die nationalstaatlichen Grundversorgungen Schritt um Schritt in Märkte verwandeln und privatisie-

ren. Die Schweiz muss sich diesen Bestrebungen widersetzen und dem Service public auch unter globalisierten Vorzeichen die ihm gebührende Stellung sichern. Namentlich sollen alle Menschen Zugang zu frischem Trinkwasser erhalten, das als Service public durch die lokalen Gemeinden bereitgestellt wird.

3. Der Service public muss stets verbessert und weiter entwickelt werden. Er soll der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik folgen, seine Leistungen regelmässig überprüfen und anpassen, denn nur so kann er seine wohlfahrtsfördernde Funktionen beibehalten und sich selbst legitimieren.
4. Die SP will den Service public grundlegend demokratisieren. Es genügt nicht, dass Parlament und Bundesrat für die de facto privatwirtschaftlich funktionierenden Unternehmen wie Swisscom, SBB oder Post Rahmenbedingungen erlassen. Die demokratische Kontrolle über den öffentlichen Dienst soll über strategische Grundsätze hinaus auch operativ für angemessene Leistungen für die ganze Bevölkerung sorgen. Telekommunikation, Post und Eisenbahnen sind daher erneut der direkten Kontrolle des Bundes zu unterstellen. Neben der öffentlichen Hand sollen auch die Arbeitnehmenden und die Konsumenten und Konsumentinnen in die tatsächliche Entscheidungsfindung eingebunden werden.

c. Recht auf würdige Arbeit in verändertem Umfeld durchsetzen

Allen Veränderungen im Bereich des Arbeitsmarktes zum Trotz gibt es eine Konstante: Arbeit ist für die meisten erwachsenen Menschen der wichtigste Lebensinhalt geblieben, weil sie ihnen die materielle Existenzgrundlage liefert und weil sie ihrem Leben Sinn gibt. Arbeit ist aber nicht nur auf Erwerb gerichtet, sondern auch als Sorgearbeit in Familie und Pflege und als freiwillige Gemeinwohlarbeit in Vereinen, Parteien oder religiösen Gemeinschaften sinnstiftend. Arbeit verhindert soziale Ausgrenzung. Gerecht bezahlte Arbeit ist zudem das beste Mittel gegen Armut und eine entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daraus ergibt sich das Grundrecht auf Arbeit, das wir verteidigen und einfordern. Dieses Recht auf Arbeit ist heute angesichts einer hartnäckigen Arbeitslosigkeit und unerfüllter Erwartungen der Menschen am Arbeitsmarkt nicht verwirklicht.

Die Sozialdemokratie hat sich seit ihrer Gründung als politische Vertreterin der lohnabhängig arbeitenden Menschen verstanden. Sie kämpft weiterhin für Vollbeschäftigung, für gerechte Löhne, für ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen und für Bildungsferne, Bildungsschwache und Bildungsbenachteiligte, für ausreichende Aus- und Wei-

terbildung und für solide Sozialversicherungen, die einen existenzsichernden Lohnersatz zahlen, wenn jemand ohne Arbeit ist.

Arbeit ist zudem die wichtigste Quelle der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Dieser Tatsache wird in der betrieblichen Realität bis heute zu wenig Rechnung getragen. Die SP will das ändern, die Wirtschaft demokratisieren und die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden stärken.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Produktivität der wirtschaftlichen Wertschöpfung wächst stetig. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Produktivitätsfortschritte in erster Linie denen zufließen, die sie erzeugen – den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diese Teilhabe am Produktivitätsfortschritt soll sowohl in Form von Lohnerhöhungen als auch in Form von Senkungen der Lebensarbeitszeit sowie durch qualitative Verbesserungen im Arbeitsumfeld erfolgen.
2. Die SP setzt sich für Vollbeschäftigung ein, weil sich diese aus dem Recht auf Arbeit ableitet und weil es zur Arbeit in all ihren existenziellen Bedeutungen keine wirkliche Alternative gibt. Arbeitslosigkeit gibt es nur so lange, als wir diese tolerieren.
3. Die Arbeitslosenversicherung muss weiter ausgebaut werden. Sie muss allen Erwerbslosen ein sicheres Netz bieten, das Einkommen sichern und mittels einer aktiven Arbeitsförderungs politik dafür sorgen, dass alle, die Erwerbsarbeit suchen, eine neue würdige Stelle finden.
4. Die Schweiz muss den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) konsequenter als bisher beitreten und sie in Gesetz und Praxis umsetzen. Namentlich der Kündigungsschutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute und für Mitglieder von Personal- und Betriebskommissionen muss endlich den Anforderungen der IAO genügen.
5. Das Risiko, arbeitslos zu werden, hängt direkt von den beruflichen Qualifikationen ab: Je besser sie sind, desto kleiner ist das Risiko. Daraus ergibt sich für uns als wirksamste Methode im Kampf um Vollbeschäftigung: das Recht auf berufliche Ausbildung, auf Umschulung, auf Wiedereinstiegshilfe, auf lebenslange Weiterbildung und auf schulische Unterstützung bei einer Beeinträchtigung oder bei Bildungsdefiziten.
6. Die Personenfreizügigkeit ist ein wichtiges Freiheitsrecht aller Erwerbstätigen. Seine Ausübung setzt die europaweite Anerkennung des Leistungsortsprinzips und des gewerkschaftlichen Vereinigungsrechts, die länderübergreifende Anerkennung der Berufsqualifikationen und die Koordination der Sozialversicherungssysteme voraus. Wer in die Schweiz kommt, um hier zu arbeiten, soll dies nur zu Schweizer Löhnen und Schweizer Arbeitsbedingungen tun können. Die SP kämpft für eine konsequente

Durchsetzung dieses Grundsatzes zum Schutz des Arbeitsmarktes und gegen Schwarzarbeit.

7. Dem aktuellen Trend zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen (Arbeit auf Abruf, Schwarzarbeit, Temporärarbeit, Scheinselbständigkeit) sagen wir den Kampf an.
8. Wer Vollzeit arbeitet, soll mit dem Lohn seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Um dieses Ziel zu erreichen, treten wir für einen gesetzlich garantierten, existenzsichernden Mindestlohn ein.

6. Der Nachhaltigkeit zum Durchbruch verhelfen

a. Für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt

Das heute vorherrschende kapitalistische Produktionsmodell übernutzt die biologische Kapazität der Erde. Die Konsequenzen sind dramatisch. Diese Entwicklung ist in ihren Ursachen, Erscheinungsformen und Auswirkungen global. Die Schweiz ist als Täterin und als Opfer Teil davon. Sie steht wie alle anderen Länder in der Verantwortung, diesen selbstzerstörerischen Entwicklungen Einhalt zu gebieten. Die Schweiz ist ein Land, das einerseits pro Kopf weit überproportional zu den Verursachern der ökologischen Probleme gehört, andererseits ist sie auch ein Land, das in einigen Bereichen bewiesen hat, dass es einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen geben kann, wenn man ihn politisch will.

Dafür steht die SP ein:

1. Die Solidarität mit Menschen in anderen Kontinenten und mit zukünftigen Generationen erfordert die Bewahrung der natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen. Deshalb will die SP den ökologischen Umbau der Wirtschaft, einen international abgestimmten Klimaschutz mit ehrgeizigen Zielen, den Ausstieg aus der Atomenergie, umweltschonende Verkehrssysteme, eine biologische Landwirtschaft, die Ressourcen schonende Nutzung der Rohstoffe und eine ökologisch orientierte Raumplanung.
2. Der ökologische Umbau der Wirtschaft bietet eine grosse Chance, die genutzt werden muss. Ökologie und Ökonomie stehen nicht im Widerspruch, weil nur mit Rücksicht auf Mensch und Umwelt ein nachhaltiges Wachstum möglich ist. Diese Neuorientierung schafft attraktive Arbeitsplätze, weil sie für innovative Unternehmen in den verschiedensten Branchen eine einmalige Gelegenheit birgt, sich mit neuen Produkten und Dienstleistungen in zukunftsweisenden Märkten zu positionieren.

3. Einer der wichtigsten Gründe für den unverantwortlichen Raubbau an der Natur ist ihre zu billige Verfügbarkeit beziehungsweise ihre zu billige Zerstörbarkeit. Die SP vertritt deshalb den Grundsatz der Internalisierung der externen Kosten: Die Umweltzerstörung muss so teuer werden, dass umweltschonende Produktionsmethoden und Verhaltensweisen billiger sind. Zudem ist für die SP klar, dass unsere wichtigsten Lebensgrundlagen Wasser, Luft und im weiteren Sinne auch grosse Landflächen (Wälder, Seen, Berge usw.) nicht Teil einer freien Marktwirtschaft sein können. Der einzelne Staat und die Staatengemeinschaft sind für die Bereitstellung, die Art und den Umfang der Nutzung und Gewinnung dieser Ressourcen sowie für deren Schutz und deren Reinhaltung verantwortlich.

b. Für erneuerbare Energien und eine konsequente Klimapolitik

Die grösste Herausforderung an eine Politik der Nachhaltigkeit ist der Klimawandel. Dem exzessiven Ausstoss von Treibhausgasen und namentlich von CO₂ als Folge der Verbrennung fossiler Energieträger und der Zerstörung CO₂ bindender Wälder ist Einhalt zu gebieten. Dieser Herausforderung ist nur durch koordinierte und entschiedene Massnahmen auf allen Stufen – lokal, regional, national und international – zu begegnen.

Dafür steht die SP ein:

1. Der derzeitige Energieverbrauch liegt in der Schweiz pro Person und Jahr bei etwa 6000 Watt kontinuierliche Leistung und der CO₂-Ausstoss bei etwa 6 Tonnen. Dies ist viel zu hoch. Um den Klimawandel nicht weiter zu verschärfen, ist es unerlässlich, den Energieverbrauch pro Person auf einen Drittel, also 2000 Watt, und den CO₂-Ausstoss um rund 80 Prozent, auf maximal eine Tonne pro Person und Jahr, zu senken.
2. Die SP startet eine Cleantech-Offensive mit dem langfristigen Ziel, den Gesamtenergieverbrauch der Schweiz ausschliesslich aus erneuerbaren Energien zu speisen. Als Zwischenziel soll er ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Dies erhöht die Lebensqualität, schafft Arbeitsplätze und holt Wertschöpfung und Gewinne von den Rohstoffkonzernen zu den Schweizer KMU zurück.
3. Die Schweiz muss sich auch innerhalb der Staatengemeinschaft an vorderster Front für alle Massnahmen einsetzen, die den Ausstoss von Treibhausgasen aller Art reduzieren und die CO₂-Aufnahmekapazitäten der Natur vergrössern. Sie muss gleichzeitig im eigenen Land und schneller, als es international zu vereinbaren ist, den Klimaschutz vorantreiben.
4. Die bisherigen Hauptenergieträger Erdöl, Erdgas und Uran sind entweder extrem risikoreich oder extrem umweltschädlich. Ihre Vorräte gehen zu En-

de. Die Alternativen dazu sind bekannt, technologisch reif und marktfähig: effizientere Energienutzung und Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen (Wasser, Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme). Die SP will eine Energiepolitik, die auf Atom- und Gaskraftwerke verzichtet, zu einer umweltverträglichen CO₂-Bilanz führt, die Abhängigkeit vom Ausland verringert, die Versorgungssicherheit erhöht und das in der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien steckende Beschäftigungspotenzial voll ausschöpft.

c. Die Nachhaltigkeit der Mobilität erhöhen

Die Schweiz hat ein System des öffentlichen Verkehrs von europaweit einmaliger Dichte und Qualität. In keinem anderen westeuropäischen Land ist der Marktanteil der Schiene im Güterverkehr höher. In der öffentlichen Diskussion aber werden häufig die Kosten in den Vordergrund gerückt, der ökologische sowie der ökonomische Nutzen werden vernachlässigt. Ohne ein dichtes, effizientes und modernes Netz des öffentlichen Verkehrs wäre die Mobilität in der Schweiz nicht zu bewältigen. Ausserordentlich ist die Unterstützung durch die Stimmberechtigten. Sie haben in mehreren Volksabstimmungen eine fortschrittliche Verkehrspolitik bejaht, die den Verkehr auf die Schiene verlagert. Dank der guten und breit ausgebauten Bahninfrastrukturen wird ein nachhaltiger Beitrag für den Umweltschutz, den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Prosperität der ganzen Schweiz geleistet. Substanzerhalt und gezielter Ausbau der Infrastruktur sind für die Verkehrsnachfrage sowie den Alpenschutz, Klimaschutz und Lärmschutz unabdingbar. Sie gehören auch zu einer nachhaltigen Raumplanung. Mit dem Ausbau von Strassen werden Staus nicht beseitigt, im Gegenteil. Die Überlastung der Strassen lösen wir nur durch eine Verminderung des Individualverkehrs, durch Car-Sharing Modelle und vor allem mit einem massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Zudem müssen Wohn- und Arbeitsort der Menschen wieder näher zusammenrücken.

Dafür steht die SP ein:

1. Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs sind verlässlich und langfristig zu finanzieren. Die dafür geschaffenen Finanzierungsinstrumente (Fonds) sollen weitergeführt werden. Ausbauvorhaben dürfen nicht auf Kosten des Substanzerhalts gehen. Hinterlassen wir den kommenden Generationen marode Infrastrukturen, kommt das diese teuer zu stehen.
2. Zukunftsfähig sind nur Lösungen, die insbesondere in Agglomerationen zu weniger motorisiertem Individualverkehr, weniger Lärm und weniger Luftverschmutzung sowie zu mehr Sicherheit und öffentlichem Raum beitragen.
3. Die Verkehrspolitik muss den Klimaschutz fördern und den CO₂-Ausstoss maximal reduzieren. Nachhaltige Mobilität wird nur durch einen konse-

quenten und den Bedürfnissen angepassten Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs erzielt.

4. Für Güter die Bahn! Das Ziel der Verlagerungspolitik wurde im Alpenschutzartikel auf 650'000 Lastwagenfahrten über die Alpen pro Jahr festgelegt. Dieses Ziel wurde klar verpasst. Eines der wirksamsten zielführenden Instrumente, dessen Einführung wir so rasch als möglich fordern, ist die Alpentransitbörse. Diese lässt sich EU-konform umsetzen.
5. Der Schwerverkehr muss seine vollen Kosten in Bezug auf Infrastruktur, Umweltbelastung, Sicherheit und Arbeitsbedingungen selbst tragen. Dies schafft gleich lange Spiesse im Kostenwettbewerb mit der Schiene und trägt zur Verlagerungspolitik bei.
6. Es braucht auch im Bereich Flugverkehr Kostenwahrheit. Heute ist der schwer klimaschädigende Flugverkehr viel zu billig und wird erst noch durch staatliche Subventionen gefördert. Innereuropäische Flüge müssen mehr kosten als die wesentlich ökologischeren Zugverbindungen.

d. Für eine nachhaltige Raumplanung und ein Recht auf Wohnen

Der Mensch nutzt den Boden, das Wasser, die Luft – den ganzen Lebensraum. Er erstellt Gebäude, wohnt, arbeitet, verbringt die Freizeit und bewegt sich in diesem Raum. Unser Lebensstandard ist von Gütern, Verkehr und anderen Dienstleistungen abhängig, die ebenfalls viel Lebensraum in Anspruch nehmen. Diese intensiven Nutzungsansprüche führen zu Interessenkonflikten. Sie werden umso grösser, je knapper der verfügbare Lebensraum ist. In der Schweiz lässt sich nur ein Drittel der Landesfläche überhaupt besiedeln. Von dieser potentiell besiedelbaren Fläche sind 22% bereits verbaut. Ein Quadratmeter Grünfläche pro Sekunde – täglich rund 10 Fussballfelder – verschwindet unter Strassen, Einkaufszentren, Parkplätzen und Häusern. Mehr überbaute Fläche bringt auch mehr Verkehr und somit mehr Lärm und mehr Schadstoffe.

Interessenkonflikte um die Nutzung unseres Lebensraumes müssen zugunsten der betroffenen Menschen und eines nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Lebensgrundlagen gelöst werden. Dies erfordert ein neues Bodenrecht und eine aktive, an der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit orientierte Raumplanung. Nur so können auch jene Nutzungsansprüche durchgesetzt werden, die sich nicht in Form einer kaufkräftigen Nachfrage geltend machen: preisgünstiger Wohnungsbau, schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen, unversehrte Erholungsgebiete und eine biologische Landwirtschaft, die qualitativ hochwertige Lebensmittel erzeugt und die Landschaft schont und pflegt.

Dafür steht die SP ein:

1. Der haushälterische und schonende Umgang mit Boden, Wasser und Luft erfordert eine aktive Raumplanungspolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Grundsatz der strikten Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet muss durchgesetzt und der Zersiedelung und Versiegelung des Bodens Einhalt geboten werden. Die Gesamtfläche der Bauzonen darf in den nächsten 20 Jahren nicht weiter zunehmen.
2. Die Böden müssen zum Schutz der Biodiversität in ihrer Vielfalt bewahrt werden. Eine besondere Verantwortung tragen die Gemeinden, die zu lokalen Flächen und ihren NutzerInnen unmittelbar Zugang haben. Sie sollen das Bewusstsein für den Wert des Bodens fördern, natürliche Bodenfunktionen schützen und für eine sozial gerechte Bodennutzung sorgen.
3. Der Boden gehört ins Eigentum der öffentlichen Hand, von landwirtschaftlichen Genossenschaften, von gemeinnützigen Baugenossenschaften und von Selbstnutzern und -nutzerinnen. Die SP setzt sich für ein Bodenrecht ein, das der Bodenspekulation den Riegel schiebt und Bodenrenten, denen keine Leistung gegenübersteht, mit einer Steuer abschöpft. Boden und Immobilien müssen auch durch Anlagevorschriften und die Unterstellung unter das Geldwäschereigesetz vor spekulativen Preissteigerungen geschützt werden.
4. Verdichtetes Bauen soll einer raumausgreifenden Siedlungsentwicklung entgegen wirken, die zu Überbauungen niedriger Dichte führt und mit dem öffentlichen Verkehr nicht wirtschaftlich erschliessbar ist. Der Zweitwohnungsbau muss seine Infrastrukturkosten selber tragen und begrenzt werden. Industriebrachen sind zu nutzen, bevor neues Land verbaut wird. Bauten, die ihren Zweck nicht mehr erfüllen oder sich nicht sinnvoll nutzen oder umnutzen lassen, sollen rückgebaut werden.
5. Es braucht eine Agglomerationspolitik, die über Gemeinde-, Kantons- und Staatsgrenzen hinaus plant, für einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land sorgt und Arbeit und Wohnen wieder näher zueinander heranholt. Fuss- und Veloverkehr sowie Massnahmen für Verkehrsberuhigung und lokale Tempolimiten sind in den Agglomerationen von Bund und Kantonen gezielt finanziell und strukturell zu fördern.
6. Die Raumplanung und die Förderung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus sollen ausreichend kostengünstigen Wohn- und Gewerberaum zur Verfügung stellen und mit einer angemessenen Durchmischung von Jungen und Alten, von Reichen und Armen und von Einheimischen und Zugezogenen der Segregation der Gesellschaft entgegenwirken.

7. Der Staat muss die Wohnungsnot bekämpfen und den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Besonders zu fördern sind die Wohnbaugenossenschaften. Ihr Anteil am Wohnungsmarkt ist bis 2020 auf zehn Prozent zu verdoppeln. Die SP setzt sich für die Rechte der Mieter und Mieterinnen und für eine sozial und ökologisch verantwortliche Haus- und Wohnungseigentümerschaft ein.

7. Mit der Gleichstellung von Frau und Mann eine gerechte und soziale Gesellschaft verwirklichen

Die Errungenschaften der Gleichstellung von Frau und Mann sind beträchtlich. Dennoch sind wir von echter Gleichstellung – dort, wo es um Macht und wo es um Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen geht –, nach wie vor weit entfernt. Zudem hält sich ein hartnäckiger Konservatismus, der die Notwendigkeit der Gleichstellung von Frau und Mann negiert und das Glück der einzelnen in der traditionellen Rollenteilung sieht. Ein Blick in die Geschichte macht aber klar, dass geduldiges Abwarten nichts verändert. Nur ein beherztes und hartnäckiges Engagement bringt die Gleichstellung voran.

a. Die ökonomische Unabhängigkeit jeder Person

Aus ökonomischer Sicht ist klar: Solange Frauen den ungleich grösseren Teil ihrer Arbeitskraft für die unbezahlte Familien- und Betreuungsarbeit aufwenden müssen, bleiben sie vom Wettbewerb um höhere Positionen ausgeschlossen. Wir erleben heute eine Feminisierung der schlecht oder gar nicht bezahlten Arbeit. Die Feminisierung dieser Arbeit ist begleitet von der Feminisierung der Armut. Die Politik rechnet immer noch mit der unbezahlten Frauennarbeit: Sparmassnahmen im Staatshaushalt, etwa in der Pflege, führen zu einer erhöhten privaten Dienstleistung, was wiederum Frauennarbeit bedeutet, die gratis geleistet wird. Dies untergräbt die chancengleiche Beteiligung der Frauen am wirtschaftlichen Leben. Deshalb braucht es einen Systemwechsel: Das Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik muss die wirtschaftliche Unabhängigkeit jeder Person sein.

Dafür steht die SP ein:

1. Jeder Lohn in jeder Branche muss die Finanzierung des eigenen Lebensunterhaltes sicherstellen. Das bedingt, dass die typischen Frauen- und Dienstleistungsberufe aufgewertet werden.
2. Der Zugang zum Erwerbsleben muss chancengleich für beide Geschlechter erfolgen. Es braucht in allen Leitungsgremien und Verwaltungsräten pa-

ritätische Geschlechterquoten. Bewusstseins-, Trainings- und Beratungskampagnen sollen junge Frauen und Männer in die Lage versetzen, verschiedenste Berufs- und Ausbildungsprofile zu wählen, die sich von der jetzigen stereotypen Auswahl unterscheiden.

3. Die bezahlte Lebensarbeitszeit ist so auszugestalten, dass Frauen und Männern Zeit bleibt, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu pflegen und die unbezahlte Arbeit unter sich gerecht zu verteilen. Jeder Person soll es möglich sein, sich um die eigenen Lebensgrundlagen und diejenigen seiner Familie zu kümmern, wie immer diese gestaltet sein mag.
4. Der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit» ist prioritär anzugehen. Bis zu einem definierten Zeitpunkt sollen die Arbeitgebenden beweisen, dass sie mit ihren Löhnen niemand diskriminieren.
5. Die Steuern in der Schweiz werden in Richtung Individualbesteuerung umgebaut, damit ein vom Zivilstand unabhängiges Steuersystem entsteht.

b. Der gleichberechtigte Zugang zur politischen Einflussnahme

Die politische Beteiligung der Frauen in der Schweiz ist auch nach der späten Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts noch nicht gefestigt. Weniger als ein Drittel in den Parlamenten von Bund und Kantonen sind Frauen. Ihre Beteiligung ist sogar wieder rückläufig. Die Geschlechterforschung belegt, dass erst bei einem Frauenanteil von rund 40 Prozent die kritische Grösse erreicht ist, in der sich Frauen normal bewegen können, ohne ständig an ihr «anderes» Geschlecht und die entsprechenden Stereotypen erinnert zu werden.

Dafür steht die SP ein:

1. Es braucht klare gesetzliche Rahmenbedingungen, Programme und Zeitpläne, um den Frauenanteil in Politik, Verwaltung und anderen öffentlichen Positionen zu erhöhen.
2. Zur Nachwuchsförderung von Frauen sollen auch gezielte Aufbau- und Unterstützungsprogramme beitragen.
3. Öffentliche Kampagnen zeigen die Wichtigkeit der vollen und gleichberechtigten Teilnahme von Frauen im öffentlichen Leben auf.
4. In den Medien sollen gewählte und zu wählende Frauen und Männer dieselbe Visibilität erhalten und nicht durch stereotypisierte Darstellungen diskriminiert werden.

c. Den Sexismus überwinden – auch im Kopf!

Die Fixierung auf den sexualisierten Körper, namentlich auf den sexualisierten Frauenkörper, gehört zum Alltag. Sexismus ist immer dann im Spiel, wenn die Dimension Geschlecht ohne sachlichen Grund trennend auftaucht oder thematisiert wird. Folge ist die systematische Benachteiligung des Individuums aufgrund seines Geschlechts.

Wir haben zwar die gesetzlichen Grundlagen für die Gleichstellung, aber wir können sie nur durchsetzen, wenn Frauen nicht ständig auf ihr Aussehen und ihre Biologie reduziert werden. Das ist für die heutige Generation und damit auch für die SP eine grosse Herausforderung. Neben konkreten Massnahmen gegen den Sexismus braucht es Massnahmen gegen die stereotypen Rollenbilder und Massnahmen zur Stärkung von Mädchen und Frauen.

Dafür steht die SP ein:

1. Ein allgemeines Geschlechterdiskriminierungsverbot soll im Sinne des UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) geschaffen werden, verbunden mit einer zentralen proaktiven Ombudsstelle gegen Sexismus und Heterosexismus. Dieses Geschlechterdiskriminierungsverbot muss auch Diskriminierungen aufgrund von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität einschliessen.
2. Eine geschlechtergerechte Sprache erwähnt Frauen und Männer gleichermaßen.
3. Nicht nur Frauen sind für den sozialen Zusammenhalt zuständig. Der soziale Zusammenhalt ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb soll er auch als solche geregelt und nicht privatisiert werden.
4. Die Berufswahl und Bildung sind noch immer von Geschlechterstereotypen geprägt. Die Sensibilisierung gegenüber Geschlechterstereotypen und Kampagnen für eine diversifizierte Berufswahl müssen verstärkt werden. Bildung muss allen zugänglich sein.
5. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, geht nicht nur die Frauen etwas an. Durch eine flächendeckende familienergänzende Kinderbetreuung, einen bezahlten Vaterschaftsurlaub und eine generelle Arbeitszeitreduktion können alle Mitglieder der Familie zur Betreuungs- und Pflegearbeit beitragen und ihre Verantwortung übernehmen. Niemand soll auf eine nur zahlende oder nur sorgende Person reduziert werden.
6. Die Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften betrifft in der Schweiz jede fünfte Frau. Es braucht öffentliche Kampagnen gegen Gewalt an Frauen. Ein Rahmengesetz soll häusliche Gewalt und alle Formen von Gewalt an Frauen sanktionieren und für Opfer sofortige Rechtshilfe und Schutz vor-

sehen. Auch braucht es Begleitmassnahmen für Opfer und Schutzeinrichtungen, die vom Staat mitfinanziert werden.

7. Gleichgeschlechtliche Paare sollen im Adoptionsrecht und im Zugang zur Reproduktionsmedizin den heterosexuellen Paaren gleichgestellt werden. An dieser Gleichstellung sollen auch Menschen mit nicht eindeutiger geschlechtlicher Identität teilhaben, die nicht weiterhin für krank erklärt werden dürfen. Unterschiedliche Lebens- und Geschlechterformen sollen in allen Bereichen sichtbar gelebt werden können.
8. Meinungstragende und Medien stehen in der Verantwortung, sexistische Bilder zu hinterfragen und weder Frauen noch Männer auf ihren Körper und ihre Biologie zu reduzieren.

Schlusswort: Die Vorgehensweise der SP

Zur Umsetzung ihres Programms entwickelt die SP in den Parlamenten, Regierungen und sozialen Bewegungen eine eigene Vorgehensweise.

Als Partei betrachtet die SP die Beteiligung an Wahlen als prioritäres Mittel der Politik, aber nicht als Ziel an sich. Indem sich Kandidaten und Kandidatinnen auf einer Wahlliste der SP zur Verfügung stellen, setzen sie sich für ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt ein und verfolgen keine persönlichen, finanziellen oder andere Interessen. Vielmehr antworten sie damit auf Anliegen der Bevölkerung und der SP-Mitglieder.

Die SP sorgt auf ihren Wahllisten für die Gleichstellung von Mann und Frau und für die Integration von Personen ausländischer Herkunft. Die Beschränkung der Amtszeit lässt auch Jüngere mit Erfolgsaussichten kandidieren. Die SP fördert gemeinsame Wahlkampagnen ihrer KandidatInnen, damit diese gleiche Chancen haben und die Wirkung ihres gemeinsamen Projektes erhöht wird.

Die Gewählten haben die Aufgabe, die Werte der SP beispielhaft zu vertreten; insofern sprechen sie für die Partei. Sie kennen die von der SP beschlossenen Positionen und vertreten diese gegenüber der Bevölkerung. Einmal gewählt, unterhalten sie zur Partei enge Beziehungen und erfüllen ihre finanziellen Verpflichtungen in vorbildlicher Weise. Wird der oder die Gewählte in einer Behörde in einer zentralen Frage in die Minderheit versetzt oder in Kompromisse eingebunden, soll der sozialdemokratische Standpunkt in der Öffentlichkeit dennoch klar zum Ausdruck kommen.

Die Wirkung der SP geht weit über den Rahmen der Parlamente und Exekutiven hinaus. Sie ist die wichtigste Kraft für Fortschritt und zukunftsweisende Vorschläge in der Schweiz. Die SP ist historisch und heute die Partei der direkten Demokratie. Sie nutzt die Instrumente der direkten Demokratie – das Initiativ- und Referendumsrecht – regelmässig, um ihre Positionen, insbesondere ihr Programm umzusetzen. Die SP erhöht ihre Durchsetzungskraft, indem sie neue Mitglieder wirbt.

Über die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen hinaus ist die SP bei den Leuten und geht zur Durchsetzung ihrer Ziele mit befreundeten Bewegungen Bündnisse ein. Die SP betrachtet die Gewerkschaften als wichtige Verbündete in der Sozialpolitik und zur Demokratisierung der Wirtschaft. Hinzu kommen weitere Verbände und Gruppierungen, mit denen die SP in verschiedensten Bereichen wie Frauenpolitik, Umwelt, Gesundheit, Frieden, internationale Solidarität, Mieterschutz, Behindertenfragen, Kultur usw. Bündnisse einget. Die SP stellt sich neuen sozialen Herausforderungen und fährt fort, sich als Teil der sozialen Auseinandersetzungen zu verstehen und wirksam einzubringen.

Die SP Schweiz setzt zur Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung auf ihre interne Demokratie. Sie organisiert regelmässig Parteitage und Delegiertenversammlungen, um ihren Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die Aktivitäten und Positionen der Partei zu bestimmen.

Die SP Schweiz ist finanziell unabhängig. Sie nimmt keine Grossspenden an, die geeignet wären, die Unabhängigkeit der Partei in Frage zu stellen. Die SP finanziert sich durch Beiträge ihrer Mitglieder, ihrer Gewählten und ihrer Sympathisanten und Sympathisantinnen sowie von Spenden und Zuwendungen. Die SP legt ihre Finanzen und Tätigkeiten offen und stellt diese zur Diskussion.

Die SP Schweiz beachtet in ihren Strukturen und in ihrem Sekretariat eine gleichberechtigte Vertretung von Männern und Frauen und eine angemessene Vertretung der sprachlichen Minderheiten.

Die SP Schweiz unterstützt aktiv die JungsozialistInnen und die SP Frauen Schweiz. Sie entwickelt ihre Aktivitäten zur Durchsetzung ihrer programmatischen Prioritäten gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Sozialistischen Internationale.